

Wochensatz 55 Pf., monatlich 1,50 Mk. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, ...

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Vorwärts Berliner Volksblatt

Die ständige Korrespondenz ...

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3 ... Vorwärts-Verlag G. m. b. H. ...

Das Problem Indien. Der Bericht der Simon-Kommission.

London, 10. Juni. (Eigenbericht.) Der jetzt vorliegende Gesamtbericht der Simon-Kommission über Indien, aus dem Auszüge bereits veröffentlicht wurden, stellt ein Werk von 410 Druckseiten dar. ...

recht. Das Kastensystem lege sich bis in die höchsten Verwaltungsglieder fort. Die Indisierung der Verwaltung marschiere nur sehr langsam. ...

Stegerwalds Tat.

Verbindlichkeit - schlimmster Dilettantismus.

Die Folgen der Verbindlichkeitserklärung des Schieds-spruches von Deynhausen sind ganz unabsehbar. Durch den Schiedsspruch von Deynhausen ist im wesentlichen für die rund 200 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der nordwestlichen Schwereisenindustrie die sogenannte Severing-Klausel aufgehoben. ...

Ablehnung in Indien. Bombay, 10. Juni. (Eigenbericht.) Der Simon-Bericht stößt in den indischen Zeitungen aller Richtungen auf scharfe Ablehnung. ...

120 000 Parteimitglieder in Frankreich. Günstige Entwicklung des „Populaire“.

Bordeaux, 10. Juni. (Eigenbericht.) Die Dienstag-Vormittagsitzung des Sozialistischen Kongresses war internen Parteiangelegenheiten gewidmet. ...

die wiederum nur ein Ausschnitt jener Unmöglichkeit ist, die in China begann, die gesamte asiatische Welt durchzieht und den aktiven Wiedereintritt ganz Asiens in die Geschichte der Menschheit bedeutet. ...

Das ist zunächst ein Versprechen. Eine Garantie konnten die Unterhändler der Unternehmer dem Reichsarbeitsminister schon deshalb nicht geben, weil sie selbst für die Festsetzung der Eisenpreise nicht zuständig sind. ...

Der Skandal von Greifswald. Wie wir erfahren, hat der preussische Kultusminister gegen den Rektor der Universität Greifswald, Prof. Hoehne, wegen der Unterfütterung nationalsozialistischer Umtriebe eine Untersuchung eingeleitet. ...

Notopfer der Arbeitslosen!

Der Inhalt der neuen Regierungsvorlage.

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hatte bekanntlich eine Vorentscheidung getroffen. Danach sollten 91 Millionen Reichsmark durch Unterstützungsbau eingespart und 145 Millionen Reichsmark durch Erhöhung der Beiträge und sonstige Maßnahmen neu eingebracht werden. Der Reichsregierung gehen diese Vorschläge nicht weit genug, sie hat sie wesentlich verschlechtert und in der jetzt fertigestellten Vorlage Maßnahmen vorbereitet, die den Anschein erwecken, als verlangte die Brüning-Wosdenhauer das erste geschlechte Notopfer von den Arbeitslosen. Diese Regierung will durchaus Erfolge aufweisen. Da ihre Gefolgschaft sich aus den arbeiterfeindlichen bürgerlichen Parteien rekrutiert, ist sie sich wohl der Unterstützung dieser Kreise sicher. — Zunächst sollen große Arbeitnehmergruppen, die für die Versicherung ein schlechtes Risiko sind, aus der Versicherung überhaupt ausgeschlossen werden.

Darunter sollen alle Jugendlichen, die das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Ferner sollen alle die „geringfügigen Beschäftigungen“ versicherungsfrei bleiben, das sind solche Beschäftigungen, die nicht mehr als 30 Arbeitsstunden wöchentlich beanspruchen und für die kein höheres Arbeitsentgelt als 10 Mark wöchentlich oder 45 Mark monatlich gewährt wird. Hierunter werden besonders die Reinmache- und Putzfrauen betroffen, aber auch sonst volkswirtschaftlich wichtige Beschäftigungen, die ihrem Charakter nach eben weniger als 30 Arbeitsstunden die Woche beanspruchen. Versicherungsfrei sollen aber auch jene Beschäftigungen sein, die für einen Träger der öffentlichen Fürsorge oder auf deren Veranlassung für einen Dritten ausübt werden, wenn der Beschäftigte ohne diese Beschäftigung hilfsbedürftig wäre. Ausgenommen von dieser Vorkehrung bleiben jene Fürsorgebeschäftigten, die mindestens 48 Stunden arbeiten und dafür tariflichen oder ortsüblichen Lohn erhalten. Diese Bestimmung bedeutet vor allem eine stärkere Belastung der Wohlfahrtsfürsorgestellen der Gemeinden und schließt einen weiteren Kreis Arbeitnehmer aus der Versicherung aus. Bisher keine Arbeiter ohne Wohnort oder ohne berechtigten Grund ausbezahlt werden, infolge seines Verhaltens strittlos entlassen wurde, bekam in den ersten vier Wochen keine Unterstützung. Diese sogenannte Sperrfrist soll jetzt auf 26 resp. 52 Wochen ausgedehnt werden, oder, wie die neue Vorlage lautet, er soll erst Arbeitslosenunterstützung erhalten, wenn „er nach der Aufgabe oder dem Verlust der Arbeitsstelle die Anwartschaftszeit neu erfüllt hat“. Das ist ein Eingriff in die Freiheit und die Freizügigkeit des Arbeitnehmers. Zudem bedeutet diese Vorkehrung, wie die vorhergehenden auch, eine weitere Herausnahme von Arbeitnehmern aus der Versicherung.

Andere Vorschläge der Reichsregierung beziehen sich auf die Höhe und Dauer der Unterstützung. Die Arbeitslosenunterstützung soll künftig nicht nur nach dem Arbeitsentgelt, sondern auch nach der Dauer der versicherungspflichtigen Beschäftigung variiert werden. Wenn Arbeitslosenunterstützung nach einer versicherungspflichtigen Beschäftigung von 13 Wochen gewährt wird (§ 101 Abs. 2 Nr. 1), dann soll diese Arbeitslosenunterstützung auf die spätere versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung angerechnet werden. Und nun kommt der Hauptantrag auf die Unterstützungssätze. Bisher war bei erstmaligem Bezug der Unterstützung vorgeschrieben, daß der Arbeitslose in den letzten zwei Jahren mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben mußte. Für spätere Unterstützung war die Anwartschaft erfüllt, wenn der Arbeitslose in den letzten zwölf Monaten vor der Arbeitslosmeldung wenigstens 26 Wochen in einer ver-

sicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hatte. Die neue Vorlage der Regierung lautet:

„Arbeitslose der Lohnklassen VII bis XI erhalten die Unterstützungssätze ihrer Klassen nur, wenn sie in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Gewerbetag der Anwartschaft folgt, mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, ohne daß ihnen zwischen Beginn und Ende ihrer Beschäftigungszeit Arbeitslosenunterstützung gewährt worden ist.“

Andernfalls erhalten sie die Hauptunterstützung statt nach den Sätzen der Klasse VII nach der Klasse VI, statt nach den Sätzen der Klassen VIII und IX nach der Klasse VII, statt nach den Sätzen der Klassen X und XI nach der Klasse VIII. Die Familienzuschläge sind jedoch auch dann nach der Lohnklasse des § 105 zu gewähren.“ Diese Bestimmung bedeutet praktisch in der Reihenfolge der Klassen VII bis XI

eine Kürzung der Unterstützungssätze um 1,43, 1,13, 3,22, 4,25 und 6,30 Reichsmark wöchentlich.

Wenn man bedenkt, daß die Unterstützungssätze dieser Lohnklassen bereits im Herbst vorigen Jahres gekürzt wurden und daß gerade diese Klassen die besten Risiken der Versicherung sind, dann begreift man erst die Härte der jetzt beschlossenen Maßnahmen.

Auch sollen die Rechte derjenigen Ehegatten beschritten werden, die bisher auf Grund ihrer Versicherungspflicht beide Anspruch auf Vollunterstützung hatten. Treffen zwei Hauptunterstützungen von Ehegatten zusammen und wird dazu kein Familienzuschlag oder nur ein Familienzuschlag gewährt, so soll sich die Unterstützung, und zwar bei verschiedener Höhe der Unterstützungen die niedrigere, um die Hälfte vermindern. Und weiter: Auf die Unterstützung eines verheirateten Arbeitslosen soll das Einkommen seines Ehegatten angerechnet werden, soweit es 35 Mark in der Woche übersteigt. Die Anrechnung soll unterbleiben, wenn bei dem Arbeitslosen Familienzuschläge für zwei oder mehr Angehörige gewährt werden. Ebenso sollen die Vorschriften über die Wartezeit zu Gunsten der Versicherten verschärft werden. Die Wartezeit soll regelmäßig dauern: 14 Tage bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige, 7 Tage bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei zuschlagsberechtigten Angehörigen, 3 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen.

Die Beiträge sollen ab 1. Juli 1930 um 1 vom Hundert auf 4 1/2 vom Hundert erhöht werden. Mit diesem Vorschlag geht die Reichsregierung noch um 1/2 vom Hundert über die Vorschläge des Vorstandes der Reichsanstalt hinaus. Da die Erfahrung gelehrt hat, daß bestimmte Betriebe oder Betriebsgruppen die Arbeitslosenversicherung erheblich stärker in Anspruch nehmen als der Durchschnitt, soll dem Vorstand der Reichsanstalt das Recht gegeben werden, die betreffenden Arbeitgeber zu höheren Beiträgen heranzuziehen.

Das sind die wesentlichen Vorschläge, die der ehemalige christliche Arbeiterführer und jetzige Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald mit seinem Namen deckt. Welche finanziellen Auswirkungen sie im einzelnen haben werden, steht noch nicht fest. Die Vorlage wird jetzt erst dem Reichsrat zugeleitet, dann hat der Reichstag das Wort. Da die ganzen Änderungen aber

bereits am 1. Juli in Kraft treten sollen,

müssen sie im Reichstag mit einer Hast durchgepeitscht werden, die bei der Wichtigkeit der Sache unverantwortlich ist. Das letzte Wort ist jedenfalls noch nicht gesprochen.

jeder Weise unterstützen. Wenn auch der Christliche Metallarbeiter-Bund nach der Ablehnung des Schiedspruches durch seine Mitglieder es zugelassen hat, daß prominente Führer seiner Organisation für die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches Propaganda machten, so dürfte es auch dem Christlichen Metallarbeiter-Bund bei der Stimmung, die unter der Arbeiterschaft in Rheinland-Westfalen herrscht, kaum möglich sein, praktisch eine andere Haltung einzunehmen als der Deutsche Metallarbeiter-Bund.

Das bedeutet, daß in allen Betrieben, wo das Organisationsverhältnis ein gutes ist, mit schweren Lohnkämpfen für die nächste Zeit zu rechnen ist.

Wie diese Lohnkämpfe auch ausgehen mögen, sie werden die Verwirrung, die durch die Verbindlichkeitsklärung geschaffen ist, nur noch vergrößern und die Verhältnisse noch unübersichtlicher gestalten. Gelingt es den Arbeitern, den Lohnabbau abzuwehren, dann werden die Unternehmer sich darauf berufen und die Preisentwertung zu sabotieren suchen. Unterliegen die Arbeiter, so werden sie bei der nächsten Gelegenheit den Versuch machen, Revanche zu nehmen.

Welche Handhabe hat der Reichsarbeitsminister, wenn die Unternehmer, unter Berufung auf irgendeine Tatsache, die sie selbst immer leicht schaffen können, die Senkung der Eisenpreise nach einer gewissen Zeit ganz oder teilweise wieder rückgängig machen, ohne gleichzeitig eine entsprechende Aufbesserung der Akkordlöhne vorzunehmen, um die geprellten Arbeiter zu schützen? Bei der Vielgestaltigkeit der Eisenpreise und der noch größeren Vielgestaltigkeit der Akkordlöhne springt in die Augen, daß diese Art der Verkoppelung von Lohnfestsetzung und Preisfestsetzung der denkbar größte Dilettantismus ist.

Es kommt aber noch ein anderes hinzu: Gegenwärtig stehen bekanntlich die Spitzenorganisationen der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften in Verhandlungen darüber, wie die Wirtschaftskrise überwunden werden kann. Der Reichsarbeitsminister greift nun mit seiner Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches in diese Verhandlungen ein, und zwar in einer Weise, die man auch beim besten Willen kaum anders bezeichnen kann als eine einseitige Parteinarbeit.

Auf der Unternehmenseite bestanden und bestehen große Schwierigkeiten, die von dem Schwerindustriellen Flügel kommen. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches von Deynhäusen bedeutet nichts anderes als die Stärkung des Widerstandes der Schwerindustriellen.

Wir haben schon gesagt und wiederholen, daß es in den höchsten Graden ungerecht ist, eine einzelne Arbeitergruppe herauszugreifen und dieser die Kosten eines sehr zweifelhaften Preisabbaues aufzubürden, der außerdem für ihre Lebenshaltung so gut wie bedeutungslos ist.

Die Unternehmer haben sich nicht rein zufällig die Schwerindustrie Rheinlands-Westfalens hergenommen, um von dort aus den allgemeinen Lohnabbau in Angriff zu nehmen. Sie wissen, daß dort die stärkste Unternehmergruppe in wenigen Händen konzentriert ist, die gleichzeitig durch internationale Vereinbarungen auf dem Inlandmarkt vor einer Unterbietung durch das Ausland geschützt ist.

Die Unternehmer wissen aber auch, daß die Organisationen der Arbeiterschaft, wenn sie auch seit dem Kampf im November 1928 Fortschritte gemacht haben, bei weitem nicht so reiflos die Arbeiter erfassen, wie die Unternehmer von ihren Organisationen beherrscht werden. Dazu kommt die Zersplitterung in verschiedenen Richtungen, ganz zu schweigen von der politischen Zersplitterung. Selbstverständlich versucht auch die SPD, hier Quertreibereien zu veranstalten. Wenn die SPD, auch ihren früher sehr starken Einfluss in Rheinland-Westfalen in wirtschaftlichen Fragen verloren hat, so bedeutet die Aktion der SPD, doch immer noch eine Erleichterung der Position der Unternehmer.

Alle diese Umstände haben die Unternehmer zweifellos in Rechnung gestellt, als sie in der nordwestlichen Schwerindustrie ihre Lohnabbauaktion begannen. Trotz der Hilfe, die Herr Stegerwald ihnen dabei geleistet hat, kann man heute nur sagen, daß der Reichsarbeitsminister mit seinem dilettantischen Eingreifen die größte Verwirrung erzeugt, die Überwindung der Wirtschaftskrise in Frage stellt und Kämpfe auslöst, deren Folgen gar nicht abzusehen sind.

Deynhäusen in der Presse.

Agrarier gegen Arbeiter.

Zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches von Deynhäusen mag man stehen, wie man will — auf alle Fälle ist sie eine Angelegenheit, die das Interesse der arbeitenden Massen, das heißt der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung, eng berührt.

Auch bei dieser Gelegenheit muß man wieder darauf stehen, wie die bürgerliche Presse, deren Leserschaft doch nicht nur aus Bourgeois besteht, Arbeiterangelegenheiten heutzutage noch behandeln darf.

Abgesehen davon, daß für die Sensationspresse von Hugen- bis Münzenberg der Fall natürlich überhaupt nicht existiert — Lustmorde sind viel interessanter —, gibt es in der Behandlung der Sache nun eine Skala, die mit absoluter Burschenschaft beginnt und mit böswilliger Verständnislosigkeit endet.

Die böswillige Verständnislosigkeit ist insbesondere bei der Presse der Rechten anzutreffen, und ganz besonders bei der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“. Das Organ des Reichslandbundes konstatiert mit unverhüllter Befriedigung, daß es beim Schiedspruch für Nordwest zum erstenmal seit vielen Jahren um einen Lohnabbau geht. Seine Verbindlichkeitsklärung durch den Reichsarbeitsminister dürfe „dahin verstanden werden, daß man sich dort der Notwendigkeit nicht länger verschließt, auch die amtlichen Schlichtungseinrichtungen im Gegensatz zu ihrer jahrelang ausgeübten Funktion in den Dienst der Wirtschaftsförderung, oder besser gesagt, der Wirtschaftsrettung zu stellen“.

Das Organ des Reichslandbundes bekennt sich also offen zu der Unternehmerparasiten: „Wirtschaftsrettung durch Lohnabbau“. Sonst sucht es bekanntlich die Wirtschaftsrettung auf einem anderen Gebiet: nämlich in der Stabilisierung der Lebensmittelpreise auf einem überhöhten Preisniveau. Wenn die Lebensmittel teurer werden und der Arbeiter weniger Geld haben wird, sie zu kaufen, dann wird nach der nationalökonomischen Theorie der „Deutschen Tageszeitung“ die Wirtschaft gerettet sein.

Und so denkt und schreibt ein Blatt, in dem erst am letzten

Sonntag Herr Schlang-Schöningen folgende Feststellungen getroffen hat:

Man darf mit Genugtuung vermerken, und es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, dies in aller Öffentlichkeit zu tun, daß die Einsicht Erkenntnis der Notwendigkeit durchgreifender Agrarhilfe Allgemeingut weitest Kreise des deutschen Volkes geworden ist. Auch die Opposition der Linken, die — und damit stelle ich nur eine historische Tatsache fest — unter dem Kabinett Müller in überraschendem Maße der Sollgesetzgebung zugestimmt hat, ist längst nicht mehr so grundsätzlicher Art, wie das vor wenigen Jahren noch der Fall gewesen wäre. Keine Parteipolitik darf davon abhalten, dies als ein erfreuliches Moment zu verbuchen...

Die deutsche Arbeiterschaft bemüht sich, die Lage der Landwirtschaft zu verstehen und ihr gerecht zu werden. Daß die Landwirtschaft der Arbeiterschaft gegenüber ebenso verfährt, wird man nicht behaupten können, wenn man die „Deutsche Tageszeitung“ als die berufene Vertreterin der Landwirtschaft nimmt. Da herrscht noch die alte dumpfe Verständnislosigkeit, zeigt sich noch kein Schimmer der Erkenntnis, daß an guten Industriearbeiterlöhnen auch die Landwirtschaft interessiert ist. Würden die Arbeiterlöhne gesenkt und geschähe dies mit Zustimmung der Landwirtschaftsvertreter, dann hätten auch die Arbeiter ein Recht zu verlangen, daß ihnen die Lebensmittel zu den billigsten Weltmarktpreisen zur Verfügung gestellt werden.

Die Politik der „Deutschen Tageszeitung“ ist nicht nur gegenüber den Arbeitern verständnislos, sie ist auch für den Berufsstand, den sie vertritt, im höchsten Grade gefährlich.

Das neue „Junktim“.

Zwischen Ostprogramm und Steuervorlagen.

Am 16. Juni tritt der Reichstag wieder zusammen. Er soll in den 14 Tagen, die ihm bis zum 1. Juli zur Verfügung stehen, nicht nur den Etat für 1930 fertig beraten, sondern auch mehrere Millionen Mark neue Steuern bewilligen und an der Arbeitslosenversicherung eine Reform zum Schlechten vornehmen. Außerdem soll das umfangreiche zu lebhaften Auseinandersetzungen Anlaß bietende Ost-hilfsprogramm zugleich oder gleich danach ebenfalls erledigt werden. Wie das alles geschafft werden soll, war bisher das Geheimnis der Regierung Brüning. Der „Soz. PresseDienst“ glaubt es enthüllen zu können, indem er folgendes mitteilt:

Die Regierung beabsichtigt, ihre Deckungsvorlage mit

dem Ostprogramm zu verknüpfen, d. h. die Durchführung des Ostprogramms von der Annahme der Deckungsvorlage abhängig zu machen. Das Ziel dieses „Junktim“ ist, die deutsche nationale Fraktion zur Annahme der Deckungsvorlage zu zwingen. Was die Regierung beabsichtigt, wenn die Deutschen ihr wider Erwarten nicht Gehorsam leisten sollten, weiß sie selbst noch nicht. Vorläufig lebt sie in der festen Ueberzeugung, daß ihr das Gros der Deutschnationalen Partei wie so oft Hilfestellung leisten wird.

Herr Brüning hat bekanntlich ein Osthilfsprogramm angekündigt, das den Steuerzahler nicht belasten soll. Blicke es bei dieser Verkündung, so wäre die Schaffung einer taktischen Verbindung zwischen Osthilfe und Steuern ein Akt kraßester Willkür. Abgesehen davon wäre es an der Zeit, daß sich in allen Parteilagern gegen jede Fortsetzung der korrumpierenden Junktim-Politik Widerspruch regte. Denn diese ganze Junktim-Politik ist doch nichts anderes als ein schmutziger Interessentenhandel auf dem Rücken der breiten Massen des Volkes. Davon das öffentliche Leben zu reinigen, ist das Gebot der Stunde.

Arbeitsbeschaffung der Reichspost.

Aufträge für 120 Millionen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichspost, das einen Betrag von 120 Millionen Mark vorieht, wird nach Maßgabe der Vordringlichkeit folgende Kategorien umfassen: Fernsprecheinrichtung, Kabelleistung, Waggonbau, Stahlbaumwagen, Lastkraftwagen, Hochbauten und Siedlungsbauten sowie Bahnpostwagen.

Staatsvertrag Preußen-Bremen.

Das preußisch-bremische Vertragswerk vor dem Abschluß.

Bremen, 10. Juni.

Die staatliche Pressestelle Bremen teilt mit: Die Verhandlungen über einen preußisch-bremischen Staatsvertrag zur Herbeiführung von Gemeinschaftsbeziehungen stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Der Staatsvertrag wird bereits am 21. Juni vorbehaltlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Bremen und Preußen von den Beauftragten der beiden Regierungen unterzeichnet werden. Das Vertragswerk enthält u. a. Vereinbarungen auf dem Gebiet der Hochseefischerei in Wesermünde und Bremerhaven, der Bewertung der Hochseefischereiflächen an der Nordsee, der Verkehrsregelung, der Landesplanung, der Polizei und der Kommunalpolitik.

Adolf von Harnack gestorben.

Ein Leben wissenschaftlicher Arbeit.

Adolf von Harnack, einst der Führer der liberalen Theologie, Geschichtsforscher und Geschichtsschreiber, ehemals Generaldirektor der Preussischen Staatsbibliothek, Präsident der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, der in Heidelberg vor etwa 14 Tagen erkrankt war, ist dort am Dienstag nachmittag im Alter von 79 Jahren in der medizinischen Klinik gestorben. Die Einäscherung soll in Berlin erfolgen, die Ueberführung wird voraussichtlich am Donnerstag vor sich gehen.

Mit Adolf von Harnack verliert die deutsche Geisteswelt einen ihrer hervorragendsten und vielseitigsten Köpfe und einen bis ins hohe Alter hinein tatkräftigen Organisator wissenschaftlicher Arbeit. Das kaiserliche Deutschland hatte ihn mit allen Ehren und Orden ausgezeichnet, die es zu vergeben hatte. Harnack stand, obwohl er liberaler Theologe war, und obwohl ihn der Evangelische Oberkirchenrat heftig bekämpfte, in der höchsten Gunst des Kaisers, der ihn in jeder Weise förderte. Nach dem Umsturz hat er sich aber nicht schamlos zurückgezogen, sondern auf dem neuen Boden weiter mitgearbeitet. Gegen Berührungspunkte des ersten Präsidenten der Deutschen Republik, unseren Genossen Ebert, ist er mannhaft aufgetreten, und er hat es erlebt, daß sein Sohn Ernst nach der Revolution der Sozialdemokratie beitrug. Insbesondere hat er dann seine ganze Kraft dem Ausbau der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft gewidmet. Auf einer Reise, die er im Interesse dieser Gesellschaft unternommen hat, ist er gestorben.

Der Sohn eines baltischen lutherischen Theologen und Universitätsprofessors, der am 7. Mai 1851 in Dorpat geboren war, machte als junger Theologe auf deutschen Hochschulen rasch Karriere. 1888 war er Ordinarius für Kirchengeschichte in Berlin. Er führte die Richtung seines Lehrers Albrecht Ritschl zum Siege, und alle Proteste der Orthodoxen konnten diesen nicht aufhalten. Der kluge Regisseur der preussischen Universitäten Althoff hatte sich für ihn eingesetzt, und Bismarck hielt ihm die Stange. In seinem „Lehrbuch der Dogmen-Geschichte“, das damals zu erscheinen begann, wendete Harnack die kritische Forschung auch auf das Neue Testament an und suchte das Christentum von den Dogmen zu reinigen und für die naturwissenschaftlich gerichtete Bildungswelt zu reifen. Das christliche Dogma wurde von dem Urchristentum getrennt und als eine Schöpfung des griechischen philosophischen Geistes erklärt.

In seiner populären weitverbreiteten Schrift „Das Wesen des Christentums“, die zuerst im Jahre 1900 erschien, hat Harnack versucht, dem Christentum in diesem Sinne eine neue Basis zu geben, losgelöst vom Buis der Dogmen und der Ueberlieferung. Abgesehen von seiner gelehrten Tätigkeit — der Katalog seiner Schriften zählt an tausend Arbeiten auf — griff er auch in die Praxis des Lebens ein, indem er das „Gemeindeblatt für die Gebildeten aller Stände“ herausgab, das später zur „Christlichen Welt“ wurde.

Zusammen mit Stöcker gründete er den Evangelisch-sozialen Kongress, trennte sich dann aber ganz von Stöcker und leitete den Kongress weiter unter der Devise des Evangelischen, Sozialen und Nationalen.

Der kritische Geschichtsschreiber, der auch die Hand an das Apostolische Glaubensbekenntnis gelegt hatte, wurde im Laufe seiner weiteren Entwicklung zum reinen Forscher. Er war Mitglied der Akademie der Wissenschaften und übernahm im Jahre 1906 die Leitung der Berliner Staatsbibliothek, von der er im Jahre 1921 zurücktrat. Wertvoll, daß der Theologe und Historiker dann immer mehr zum Organisator der wissenschaftlichen Arbeit wurde und hierin die Krönung seines Lebenswerks fand. Als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft stellte er seine Kraft in den Dienst der praktischen Wissenschaften, die von der Naturbeherrschung aus das Leben meistern wollen. Als Vizepräsident, als vielseitig geschulter Redner und scharfer Vermittler hat er hier Bedeutendes geleistet und auch nach Erreichung der gesetzlichen Altersgrenze im gleichen Sinne seine Tätigkeit fortgesetzt.

Die historisch-kritischen Arbeiten Harnacks haben ihre Darstellung in der Geschichte der Wissenschaften — er hat auch eine Geschichte der Preussischen Akademie der Wissenschaften verfaßt —, aber der Sinn für das Dogmatische, den er selber zerstören half, ist erloschen, und so wird seine gelehrte Arbeit nicht über die Bezirke der reinen Wissenschaft hinausdringen. Ob seine Synthese Christentum und Bildung oder auch Christentum und Wissenschaft für die Zukunft noch Erfolge verspricht, sei dahingestellt. Eher wird wohl das Christentum im sozialen Sinn noch Lebenskraft erweisen. Die Leistungen Harnacks als Generaldirektor der Bibliothek hat bei den Fachleuten mancherlei Kritik hervorgerufen, aber alle haben sein großes Geschick und seine weitgewandte Art anerkannt. Der Weg, der ihn von der Theologie und Metaphysik zur reinen kritischen Forschung und schließlich zur praktischen Arbeit in der Organisation der Wissenschaften geführt hat, bezeichnet zugleich den Entwicklungsgang des 19. Jahrhunderts, und so kann unter die rastlose Arbeit dieses langen und erfolgreichen Lebens Faustens Altersweisheit gesagt werden: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muß.“

Im Brauhemd vor Gericht.

Sakentruer-Rundgebung der Angeklagten.

Schweidnitz, 10. Juni.

Der Landfriedensbruchprozess gegen 16 Nationalsozialisten, gegen die in erster Instanz im vorigen Dezember vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt worden war, fand heute in der Berufungsinstanz seinen Fortgang. Die Angeklagten hatten am 27. September v. J. eine sozialdemokratische Versammlung gesprengt und dabei mehrere Personen verletzt. In erster Instanz wurden neun von den Angeklagten freigesprochen, die übrigen zu verhältnismäßig geringen Berufs- und Gefängnisstrafen verurteilt. In der heute beginnenden Berufungsverhandlung waren die Angeklagten in den Uniformen der S. A. (Sturmabteilung) der NSDAP erschienen, und zwar entgegen der ausdrücklichen Anordnung des Vorsitzenden. Dieser Verstoß sowie wiederholtes ungebührliches Benehmen an Gerichtsstelle trug den Angeklagten eine Geldstrafe von je 20 Mark (bzw. 1 Tag Haft) ein. Den Angeklagten wurde bedeutet, daß die Anordnung, nicht in Brauhemden im Sitzungssaal zu erscheinen, fortbestünde, so daß sie selbst in der Hand hätten, weitere Bestrafungen dieserhalb zu vermeiden. Im übrigen brachte der heutige Verhandlungstag nur die Vernehmung der einzelnen Angeklagten und einen Sakentruer in dem damaligen Versammlungssaal.

Reinhard von Gehren, Landeshauptmann der Provinz Hessen-Nassau und Mitglied des Preussischen Staatsrats (bürgerl. Arbeitsgemeinschaft), ist 66jährig in Karlsbad an einer Lungenerkrankung gestorben.

Thronwechsel in Bukarest.



„So, Vater, nun mach deinen Treck alleine!“

Goldregen aus Amerika.

300 Millionen Freigabegelder für die Reedereien.

Washington, 10. Juni.

Die Entscheidung über die endgültige Entschädigung an die deutschen Reedereien wegen der während des Krieges beschlagnahmten deutschen Schiffe ist jetzt gefallen. Der Schiedspruch der Regierungskommission legt die Entschädigung für die 94 beschlagnahmten Schiffe auf 74,2 Millionen Dollar, also auf rund 311 Millionen Mark fest. Hierin sind die bis zum Dezember 1928 aufgelaufenen Zinsen einbezogen. Diese Entschädigungssumme der Vereinigten Staaten ist um 125 Millionen Mark höher als der Betrag, den die letzerezeit vom Präsidenten Wilson eingeleitete Schiedskommission genannt hatte.

Die Entscheidung des amerikanischen Schiedsrichters Remick ist endgültig. Mit den Katenzahlungen wird alsbald begonnen werden. Zur Zeit stehen nach dem Freigabegeld als erste Rate 105 Millionen Mark zur Verfügung. Den Löwenanteil der Entschädigung werden die Hamburg-Amerika-Linie, der Norddeutsche Lloyd und die „Neptun“-Reederei in Bremen erhalten.

Mit der jetzt gefällten Entscheidung des Schiedsrichters wird der Schlussstrich unter die Liquidations- und Freigabepolitik der Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland gezogen. Wie schon

ein großer Teil der an der amerikanischen Freigabe beteiligten internationalen Werke, erhalten jetzt die deutschen Großreedereien ihre Freigabegelder, die einen fast vollständigen Ersatz für die während des Krieges in den Vereinigten Staaten erlittenen Verluste darstellen.

Zur Durchführung des Wiederaufbaus der deutschen Handelsflotte und als Entschädigung für die Kriegsverluste hat das Deutsche Reich den Schiffahrtkongressen in der Nachkriegszeit große Kredite zu besonders günstigen Zinssätzen zur Verfügung gestellt. Ferner sind in dem Kriegsschäden-Schiffgesetz vom März 1928 hohe Entschädigungsquoten für die „Großgeschädigten“ vorgesehen. Der Kriegsfinanzminister hat unseres Erachtens allen Anlaß, die Frage sehr ernstlich zu prüfen, ob das Reich nicht jetzt Gegenansprüche an die Schiffahrtkongresse zu stellen hat. Die letzerezeit den Reedereien gewährten Wiederaufbau-Kredite erhalten jetzt, wo die Schiffahrtsgesellschaften Bar-Entschädigungen in Höhe ihres gesamten Aktienkapitals empfangen, den Charakter reiner Staatssubventionen. Hierfür ist aber jetzt um so weniger Platz, als die Brüning-Regierung zur Behebung ihrer Finanznöte der Masse der Bevölkerung die schwersten Steuerpapiere auferlegt.

Der Königrrummel in Bukarest.

Doch keine Einheitsfront.

Der Freudentaumel in Rumänien über die Rückkehr des vor sechs Jahren schimpflich abgesetzten und verbannten Carol dauert an. Doch hat sich bisher der Widerstand der „Liberalen“ nicht brechen lassen, so daß die Bemühungen um die Bildung eines Kabinetts der Einheitsfront, dem auch die Bruttianer-Partei angehören sollte, bisher erfolglos geblieben sind. Insofern ist die für gestern erhoffte Bildung der Regierung noch immer nicht erfolgt.

Auch die von ihm geschiedene Prinzessin Helena hat Carol zu seiner Thronbestätigung telegraphisch beglückwünscht, aber dem designierten Ministerpräsidenten Mironescu gegenüber gestern abermals eine Wiederoermählung mit Carol abgelehnt. Die Krönung soll erst im Oktober stattfinden, weil man hofft, bis dahin das geschiedene Ehepaar wieder veröhnen zu können. Man glaubt, daß die Königin-Mutter Maria nach ihrer Rückkehr ihren Einfluß auf die Schwiegermutter in diesem Sinne erfolgreich ausüben wird. Maria, die in den beiden letzten Tagen in Ober-amergerau weilte und angeblich trotz der Ereignisse in Rumänien ihre mehrtägigen Aufenthaltspäne in Süddeutschland nicht ändern wollte, hat sich nunmehr doch entschlossen, schnellstens nach Bukarest zurückzukehren. Sie wird daher heute mittag den Orientexpress in München besteigen. Dagegen ist ihrem früheren Freund Prinz Stirbey der Boden in Bukarest anscheinend wieder zu heiß geworden. War er doch eine der Ursachen der Jermwürstliche innerhalb der Familie Hohenzollern-Sigmaringen: Carol hatte ihn vor mehreren Jahren geohrseigt, und Maria hatte für ihn Partei ergriffen. Nun hat er seine nicht geringen Güter verkauft und Rumänien angeblich endgültig verlassen.

Aus Budapest wird entschieden dementiert, daß ungarische Kreise eine Aktion zugunsten jener ungarisch-rumänischen Personalunion eingeleitet hätten, die Carols Londoner Freund Barbu Jonecu als das Ziel des neuen Königs angedeutet hatte.

Wer ist für wahre Befriedung?

Oesterreichische Sozialdemokraten für Uniformverbot.

Wien, 10. Juni.

Im Justizauschuß des Nationalrates wurde bei der Beratung des Waffengesetzes unter anderem der sozialdemokratische Antrag über das Verbot der uniformierten Selbstschußverbände mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Indische Sozialistenpartei.

In Lahore gegründet.

Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale teilt mit: Eine sozialistische Partei ist in Lahore gegründet worden; sie will nicht Ausdruck einer bestimmten sozialistischen Richtung sein, sondern wünscht eine gemeinsame Organisation für alle zu bilden, die an den Umbau der Gesellschaft auf sozialistischer Grundlage glauben. Ihr Ziel ist die Errichtung einer neuen Wirtschaftsordnung, in der es keine Ausbeutung einer Klasse durch eine andere gibt. In der neuen Wirtschaftsordnung, die die Partei erstrebt, sollen alle Produktionsmittel soweit wie möglich dem Volke gehören und kein Privatkapitalismus in irgendwelcher Form bestehen.

Das unmittelbare Ziel der Partei ist die Verstaatlichung des Bodens und jener Großindustrien, deren Umwandlung in Gemeinbesitz unter Berücksichtigung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Zustände des Landes vorteilhaft ist.

Die Gründer der Partei erklären, daß der Sozialismus nicht nur eine entscheidende Mission für die ausgebeuteten Arbeiter, sondern auch für alle Inder zu erfüllen hat. Sie betrachten den Sozialismus nicht nur als eine Wirtschaftsreform, sondern als eine neue Auffassung des sozialen Lebens und der sozialen Beziehungen.

Englischer Unteroffizier zu Gefängnis verurteilt.

Peshawar, 10. Juni.

Der Unteroffizier eines englischen Regiments, der am 31. Mai durch unvorsichtiges Handeln mit seinem Gewehr den Tod zweier Kinder verursacht hatte, während deren Mutter verumdet wurde, wurde zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Wie erinnert, war es am 31. Mai infolge des Vorfalls in Peshawar zu Unruhen gekommen, bei denen durch Schüsse der Polizei und des Militärs sieben Personen getötet und neun verumdet wurden.

Die Barbarei der Todesstrafe.

Statt Abschaffung — neue Methoden!

In Nordamerika ist am 2. Juni ein Verurteilter durch ein neues Verfahren, durch Gasergüßung, hingerichtet worden. In das Sterbekammer, in dem der Verurteilte an einem Stuhl festgebunden war, wurden Gistgase eingeleitet. Zeugen verfolgten durch ein kleines Fenster die Wirkung des Gases

Die Lotterie der Bausparkassen.

So wird der Arbeiterwohnungsbau nicht gefördert. — Warnung vor Illusionen.

Ein Arbeitsausschuh der Spitzenverbände der freien Gewerkschaften hat sich mit der Frage des Bausparkassenwesens eingehend beschäftigt und untersucht, ob Bausparkassen der breiten Masse der Arbeitnehmer Vorteile bieten können, und ob der Beitritt zu einer Bausparkasse empfohlen werden kann. Der Ausschuh ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die seit 1924 in Deutschland gegründeten kollektiven Eigenheimbausparkassen nicht geeignet sind, eine Verbesserung der Wohnungsversorgung der arbeitenden Bevölkerung zu erzielen.

Das Eigenheimbausparen bringt derzeit hohe finanzielle Lasten mit sich, doch es bei den bestehenden Lohn- und Gehaltsverhältnissen für die Arbeitnehmer nicht in Frage kommt. Der Erwerb eines bescheidenen Ansparsungssparen genügt dem Eigenheim mit 12.000 M. Herstellungskosten würde zum Beispiel einen monatlichen Reinerwerb von 280 M. auf die Dauer von 20 Jahren zur Voraussetzung haben müssen. Ueber derart hohe, zugleich auch gesicherte und gleichbleibende Einkommen auf viele Jahre hinaus verfügt die breite Masse der Arbeitnehmer aber nicht. Die bisherige Anziehungskraft der Bausparkassen geht in erster Linie auf eine Reihe von Illusionen der Sparer zurück, die durch mitunter sehr ansehnliche Propagandamethoden vieler Bausparkassen erweckt worden sind.

Jede Bausparkasse hat den Charakter einer Lotterie, gleichgültig nach welchem der vielen Zuteilungssysteme sie arbeitet.

Es kann jeweils immer nur ein Teil der Sparer befriedigt werden, wobei es ungewiß bleibt, zu welchem Zeitpunkt der einzelne seinen Eigenheimkredit erhält. Durch diese Lotteriemethoden, die ihm — und zwar auf Kosten seiner wartenden Spargelassen — einen billigen Eigenheimkredit versprochen, angelockt, läuft der Sparer Gefahr, bis zum Ende der langjährigen Spargeszeiten, die bei einzelnen Klassen bis zu 50 Jahren betragen, warten zu müssen. Seine regelmäßig einzuzahlenden Spargelassen werden ihm während dieser Zeit gar nicht oder ganz geringfügig verzinst und bei Vertragskündigung nicht sofort auszubezahlen. Das Bausparen schwächt also bei Verschlechterung der persönlichen Verhältnisse des Sponsors, besonders bei eintretender Arbeitslosigkeit, seine wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit.

Die Bausparkassen können die oft behauptete allgemeine Verbilligung des Eigenheimwohnens nicht bieten. Die niedrigen Darlehenszinsen der Bausparkassen sind nur möglich, weil auch die Einlagen niedrig verzinst werden. Die Vorteile der niedrigen Darlehenszinsen werden für die Gesamtheit der Bausparer durch die niedrige Verzinsung ihrer Einlagen aufgehoben. Zudem erfolgt die Auszahlung eines Bausparkassendarlehens nur, wenn zumindest das notwendige Eigenkapital des Sponsors vorhanden ist, das bei den heutigen Finanzierungsverhältnissen auch ohne Hilfe einer Bausparkasse zum Bauen ausreicht. Der Bausparer hat auch nach der Auszahlung keine Garantie, seinen Eigenheimplan zu verwirklichen, weil sich die Baukosten, die Hypothekenzinsen und die Hauszinssteuerpolitik innerhalb der langen Bausparzeiten wesentlich ändern können.

Schließlich kommt hinzu, daß wegen der außerordentlich hohen Beleihungsgrenze für Bausparhypotheken (80—90 Prozent des Bau- und Bodenwertes) auch bei einwandfreier Verwaltung der Bauspargeld eine volle Sicherheit der Spareinlagen nicht gewährleistet werden kann.

Das Risiko wird erhöht durch die Tatsache, daß Bausparkassen zwingungslos oft für unrationell und in schlechter Verfassung gebaute Eigenheime gegeben werden müssen. Das System der Bausparkassen bleibt also selbst bei einwandfreier Verwaltung der Spargelder höchst fragwürdig. Anzeichen einer Ernüchterung der Bausparer sind heute bereits festzustellen. Die Illusionen über das Bausparen werden — je länger die eingegangene Sparsparpflicht durchgehalten werden muß — häufig vernichtet durch den Druck der monatlichen wirtschaftlichen Belastung.

Alle diese Erwägungen lassen es dringend ratham erscheinen, den Arbeitern und Angehörigen von dem Beitritt zu den Bausparkassen abzuraten. Es muß nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß das organisierte Sparen für den Wohnungsbau seit Jahrzehnten von bewährten Wohnungsbauorganisationen gepflegt wird, und zwar in Formen, die der arbeitenden Bevölkerung die Beschaffung von gelunden und zweckmäßigen Wohnungen durch Selbsthilfe ermöglichen.

Das Baden an verbotener Stelle hat auch gestern Abend wieder ein Todesopfer gefordert. In der Nähe der Albatros-Berth in Köpenick beobachteten Ausflügler einen Schwimmer, der plötzlich laufflos unterging. Die alarmierte Feuerwehr suchte über eine Stunde die Unfallstelle ab, bis es gelang, den Ertrunkenen zu bergen. Der Tote, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, ist etwa 23 bis 25 Jahre alt.

Bernaus Hochwald gerettet.

14 Morgen junger Kiefernbestand jedoch völlig vernichtet.

Das Großfeuer im Bernauer Stadthof, über das wir im „Abend“ berichteten, konnte bereits um 13 Uhr völlig eingedämmt und niedergekämpft werden.

Ertragsrückfälle stellen sich jetzt die ersten Mitteilungen über den Umfang des Feuers als stark übertrieben heraus. Insgesamt sind nach einer Meldung der Forstverwaltung etwa 12 bis 14 Morgen junger Kiefern- und Fichtenbestand von dem Feuer vernichtet worden. Die starke Rauchentwicklung, die ein angrenzendes Waldgebiet in eine undurchdringliche Rauchwolke einhüllte, dürfte den Anlaß zu der Meldung, daß 100 Morgen in Flammen stehen, gegeben haben. Die Bernauer Feuerwehr und die freiwilligen Feuerwehren der umliegenden Dörfer sowie 100 Zivilpersonen, die in Lastautos von Bernau in aller Eile an die Brandstelle gebracht worden waren, hatten in der Windrichtung Gräben gezogen, so daß den Flammen hart an der Grenze des wertvollen Hochwaldes Einhalt geboten werden konnte. Als die Berliner Feuerwehr unter Leitung des Baurats Reine an der Brandstelle eintraf, war die Hauptarbeit bereits geleistet, und die Wehren konnten sogleich wieder abziehen.

Das Feuer, das anfangs so heftig ausbrach, ist nach den bisherigen Ermittlungen vermutlich durch Unvorsichtigkeit beim Abfuchen entstanden.

Wie noch nachträglich bekannt wird, haben sich bei der Bekämpfung des großen Waldbrandes die Schüler der Bernauer Bundeschule des A.D.B. mit Erfolg beteiligt. Die Schule ist zur Zeit mit Gewerkschaftern des Gesamtverbandes und des Bergarbeiterverbandes besetzt. — Gegen 20 Uhr brach unweit der ersten Brandstelle im Jagd 99 des Bernauer Stadthofes abermals Feuer aus, das aber rechtzeitig bemerkt und im Keime erstickt werden konnte.

Lastautounglück bei Giesleben.

Sieben Tote?

Salze, 10. Juni.

Auf der Chaussee zwischen Giesleben und Seeburg (Mausfelder Bezirk) verunglückte heute Abend ein mit zahlreichen Personen besetzter Lastkraftwagen. Es sollen sieben Personen getötet worden sein. Automobilisten, die Augenzeugen des Vorfalls waren, gaben an, daß das Lastauto mit einer Geschwindigkeit von 85 Kilometern gegen einen Baum gefahren sei. Nähere Einzelheiten sind noch nicht bekannt.

Zu Tode gedrückt!

Wieder drei Bergleute ums Leben gekommen.

Salze, 10. Juni.

Auf der Zeche „Sophia Jacoba“ bei Hüdekoben wurden drei Bergleute durch herabfallendes Gestein zu Tode gedrückt. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich äußerst schwierig. Die letzte Leiche konnte erst am Dienstag morgen geborgen werden.

Geisteskranker überfällt einen Arzt.

Schreckenszene während der Sprechstunde.

Gestern spielte sich in der Wohnung des praktischen Arztes Dr. M. in der Elbinger Straße eine Schreckenszene ab. Während der Sprechstunde drang der 34jährige Arbeiter Herbert B. aus Weisensee in das Konsultationszimmer ein und schlug auf den Arzt, der ahnungslos an seinem Schreibtisch saß, mit einem Knüttel ein. Der Täter, der zweifellos geisteskrank ist, wurde später in Bewahrsam genommen; er wird dem Kreisarzt zur Untersuchung seines Geisteszustandes vorgeführt werden.

Dr. M. hatte vor etwa zwei Jahren für die verstorbene Schwester des Täters einen Totenschein ausgestellt. Seitdem bildete er sich ein, daß seine Schwester gar nicht gestorben sei und der Arzt einen falschen Totenschein ausgestellt habe. Dieses Phantasieprodukt ließ B. keine Ruhe und nahm schließlich so feste Formen an, daß er beschloß, an dem Arzt Rache zu nehmen. Er begab sich in die Sprechstunde, wo er in das Zimmer eindrang und mit den Worten: „Wie kommen Sie eigentlich dazu, meiner Schwester einen falschen Totenschein auszustellen?“ auf den Arzt mit

einem schweren Eichenknüttel einschlug. Der schwer verletzte Arzt konnte ihn nur mit Hilfe von anderen Patienten abwehren; der Täter flüchtete schließlich auf die Straße. Dort konnte er mit Hilfe eines Polizeibeamten überwältigt und festgenommen werden.

B. war bereits vor Jahren schon einmal in einer Irrenanstalt interniert, ist dann aber als ungefährlich wieder entlassen worden. Von dem Gutachten des Kreisarztes wird es abhängen, ob er abermals einer Anstalt überwiesen wird.

Vom eigenen Fahrzeug getötet.

Auf tragische Weise kam gestern der 34jährige Arbeiter Hermann Gehrke aus Klein-Schönau ums Leben. G. fuhr auf dem Anhänger eines Lastzuges als Begleiter mit Vor dem Grundstück Köpenicker Straße 14 in Grünau löste sich veranlaßt infolge eines Kuppelungsbruchs der Anhänger von der Zugmaschine und fuhr gegen einen Baum. Der Anprall erfolgte mit solcher Wucht, daß G. von seinem Sitz auf das Straßenpflaster geschleudert wurde. Er stürzte so unglücklich, daß ein Bordrand über seinen Körper hinwegging. Der Verunglückte starb bereits auf dem Wege zum Köpenicker Kreiskrankenhauses.



Am Morgen fühlte ich mich unwohl. Ich hatte Temperatur und nahm eine tüchtige Extraportion Chinin, um das Fieber zu verjagen.

Im Laufe des Tages schien der Anfall vorüberzugehen. Ich nahm mir etwas Arbeit vor. Plötzlich kam der Hauptmann wandend die Stufen vor Veranda herauf. Ich half ihm zum Ruhebett hin. Graugelb war sein Gesicht, eingefallen, klein und blutunterlaufen die Augen. Sein Puls zuckte unregelmäßig. Ich rief meinen Boy, ließ ihn Chinin holen und rief dem Hauptmann, sofort zu Bett zu gehen und den Anfall auszuweichen. „Ein ähnlicher, wenn auch nicht ganz so starker Anfall hat mich auch überfallen“, erzählte ich ihm. „Das kommt von unserem langen Draußensitzen gestern, in der kalten, heißen Nacht!“

„Ja, schon möglich! Aber lassen Sie das Chinin! Aber vielleicht können Sie mir anderweitig helfen. Ich komme vom Amtmann.“ Als ich ihm sagte, ich würde nicht heimreisen, selbst nachdem ich meines Amtes enthoben bin, hielt er mir eine Urkunde vor die Nase, nach der Vari vor das Gericht in Boma geladen wird! Morgen werde er sie hinschicken, hat er gesagt! Aber das wird nicht geschehen! Wenn alles nichts hilft, schreie ich die Soldaten um mich und verharriblere mein Haus! Oder vielleicht ist es noch besser, mit Vari zu fliehen? Was meinen Sie?“

Schon beim Sprechen durchzuckten den Hauptmann heftige Frostschauer. Jetzt können seine klappernden Zähne die Arznei nicht mehr aufnehmen. Die Diener bringen ihn zu sich nach Hause und ins Bett. Sein halsstarrer Wille, seine gewaltigen Kräfte, sein scharfes Bewußtsein, alles ist wie fortgeblasen.

Wägen in der Nacht wurde ich zu ihm gerufen. Röchelnd lag er im Bett, das Fieber war auf fast 43 Grad gestiegen. Vari war so schreckensstarr, daß sie keine meiner Fragen beantwortete.

Der Arzt war nicht zugegen. Ich beorderte daher ein kaltes Bad und gab dem Hauptmann eine Morphiumeinprägung. Das schien ihm Linderung zu verschaffen. Die

Temperatur fiel um einen Grad, und sein Blick erhielt wieder einen bewußteren Ausdruck. Er erhob sich ein wenig und wiederholte immer wieder dieselben Worte auf Arabisch, sonderbar hart und klar und monoton: „Wir gehen den gleichen Weg, wir beide!“ Und dabei sah er Vari an.

Plötzlich überfielen ihn Krämpfe, die gingen in schwaches, unregelmäßiges Zucken der Glieder über, ebden in ein feines Zittern der Mundwinkel aus, wie ein Seufzer, der vom Grunde des Meeres heraufdringt, die Oberfläche nur noch in ganz leisen Ringen aufwallen läßt.

Bei diesem Todesfall erhob sich unter den Eingeborenen ein trauerndes Singen und Sagen, als wäre einer ihrer großen Häuptlinge gestorben. Denn der Hauptmann war ihnen ein sehr milder Herr gewesen, sein schwermütiges Verständnis für ihre Leiden hatte eine Brücke zu ihrem schwarzen Herzen gebaut.

Als der Hauptmann gestorben war, verschwand Vari. Und seither hat man sie in diesen Teilen des Landes nie mehr gesehen.

Wahrscheinlich begab sie sich unverzüglich auf die lange und gefährvolle Reise zu ihrem Stamm zurück. Wer weiß! Und vielleicht ließ sie auch all ihre Habseligkeiten neben der Leiche des Hauptmanns zurück, nur um freier und ungebundener zu sein.

Zwölf Stunden nach seinem Tode wurde der Hauptmann auf dem Kirchhof der Weißen begraben. Der Amtmann sagte ihm ein letztes Lebewohl — ganz und gar im Sinne großmütiger Vergebung:

„Wir können alle fliehen!“ sagte er, und dabei blickte er jedem der Anwesenden vielversprechend ins Gesicht, als wollte er ausdrücklich versichern, daß er sein Recht zur Verfolgung tatsächlich nicht bis ins Jenseits hinüber erstrecken würde.

Der Tod wirkt in Zentralafrika in allen seinen Erscheinungen viel alltagslicher als an vielen andern — ja vielleicht alltagslicher als an jedem anderen Ort der Welt. Und trotzdem machte der Tod des Hauptmanns einen starken Eindruck auf mich.

Am nächsten Tage, als ich mich vor dem Hause erging, überfiel mich urplötzlich ein Anfall von Hämaturie (Blutharnen). Schnell ging ich zu Bett, bat Yera, mir zu Trinken zu verschaffen.

Zuerst fühlte ich mich gar nicht krank, im Gegenteil, ich fühlte eine ganz außergewöhnliche Leichtigkeit und Kraft in den Gliedern. Doch wußte ich ja, daß diese Krankheit, bei der die toten Blutkörperchen im Laufe weniger Wochen vernichtet werden, bis kurz vor dem Tode fast völlig schmerzlos ist. Alle Ärzte sind sich dahin einig, daß die Blutabgänge

nicht mehr als fünf Tage lang andauern dürfen, wenn noch Hoffnung auf Rettung vorhanden sein soll.

Und der Arzt ist in der Nachbarszone, viele Tagereisen entfernt. Aber selbst wenn er hier wäre, könnte er wenig für mich tun.

Es gilt, soviel zu trinken, wie man nur bewältigen kann. Sonst schreitet die Krankheit unaufhaltsam fort.

Yera war immer um mich. Weist sie auf meinem breiten Bett, ständig auf der Wacht, ob mir etwas fehlen könnte.

Ich wurde schnell schwächer. Schon am Nachmittag des zweiten Tages merkte ich, daß es mir schwer fiel, Wirklichkeit von Einbildung zu unterscheiden. Zwar wußte ich, daß ich in Afrika war, aber trotzdem sprach ich zu Yera, als wäre sie eine ganz andere Dame. Und sie erwiderte dann:

„Ach, Judchi, jetzt ist deine Seele weit fort, vielleicht in deinem Heimatdorf! Und Yera versteht die harte Sprache nicht, die du sprichst!“

Dann erwachte ich, strich ihr über das Gesicht, nenne sie meinen zahmen, schmeichlerischen Leoparden. Ich spreche mehr und immer mehr und schmiege mich an sie. Und plötzlich bricht sie aus:

„Jetzt ist Yera wie eine Mutter für dich, Judchi! Du darfst nicht soviel reden, und du darfst mich auch nicht so viel langsam schlagen!“

Viele Wochen lang mußte ich das Bett hüten. Mein Bari wuchs mir bis auf die Brust hinab, aber das Kopfhaar fiel in großen Büscheln aus. Mein Gesicht vergilbte und wurde knochig und schmal. Die Zähne begannen lose zu werden und zu wackeln. Dann und wann kam ein Weiber mich besuchen. Aber meine einzige, wirkliche Gesellschaft war Yera. Eines Tages sagte sie:

„Judchi, erzähle Yera doch von der Frau, die du zu deiner ersten Frau begehrt hast! Als du sehr krank warst, hast du stets von ihr gesprochen!“ Väterlich! Ich begann zu erzählen. Denn die Krankheit hatte mich sehr schwach gemacht. Ich erzählte von ihr, die ich liebte. Aber auch von meinem fernen Heimatland, wo die Sonne ein halbes Hundertjahr lang nicht schlafen geht, sondern ohne Pause leuchtet und wärmt, denn in mehr als einjährigem Schlaf hat sie Kraft geschöpft, während der kalte weiße Regen das Land bedeckte. Ich erzählte alles Mögliche, was mir in den Sinn kommt, von Paris berichte ich, der Königin aller Dörfer von Monte Carlo, wo mancher Mann alles verpielt hat, was einer großen Familie an Hab und Gut gehörte, alle seine Hühner und Enten, seinen ganzen Anteil am Ameisenhaufen des Stammes und an der Jagd, alle seine Waffen und Weiber!

(Fortsetzung folgt.)

Lichtblick im Wohnungsbau?

Lösung der Wohnungsfrage — Schlüssel zum Wiederaufstieg.

In Frankfurt a. M. hat kürzlich eine bedeutsame Tagung stattgefunden. Die fünf größten deutschen Vereinigungen, die sich mit Fragen des Wohnungsbaus und Wohnungspolitik und zur Entlastung des Wohnungsbauwesens erhoben. Diese Vereinigungen sind der „Hauptverband Deutscher Baugenossenschaften“, die „kommunale Vereinigung für Wohnungsreform“, die „Deutsche Gartenstadtgemeinschaft“ und die „Vereinigung Deutsches Archiv für Siedlungswesen“.

Auf einer gemeinsamen, großen, öffentlichen Kundgebung, auf der als Vertreter der Reichsregierung Ministerialdirektor Dr. Bötz und als Vertreter des Deutschen Städtetages Präsident Dr. Müller anwesend waren, sprach Minister Dr. Hirtfelder über die Zukunft der Wohnungswirtschaft. Von Bedeutung war, daß selbst Herr Hirtfelder erklärte, eine Aufhebung der Wohnungs-zwangswirtschaft komme erst in Frage, wenn genügend Wohnraum zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehe. Aber auch dann dürfe es ein schrankenloses Kündigungsrecht des Vermieters nicht wieder geben. Mit dem staatlich geförderten Wohnungsbau sei eine neue Epoche des Wohnungswesens angebrochen. Im übrigen war der Schluß der Ministerrede außerordentlich optimistisch gehalten. Herr Hirtfelder sprach von einem Lichtblick, der sich jetzt zeige. Der Minister glaubt, daß die Ansicht einiger Finanzleute, die mit einer Verflüssigung des Geldmarktes rechnen, sich bald erfüllen und dadurch billiges Baugeld zu haben sein werde.

In der Diskussion, die auf der Hauptverbandstagung an den Bericht des Vorsitzenden anknüpfte, sprach auch der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete, Ministerialdirektor Meyer. Er erklärte, daß in den letzten Jahren die öffentliche Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete des Wohnungsbauwesens überanstrengt worden sei. Daraus resultierten die Schwierigkeiten auf dem diesjährigen Bauplatz. Die Entlastung auf dem Kapitalmarkt bringe jetzt nur eine kleine Besserung.

Wann endlich wird der Wohnungsbau angefurbelt?

Folgende Resolution wurde angenommen:

Der 5. Allgemeine Deutsche Bauvereinstag in Frankfurt a. M. richtet an die Regierungen des Reichs und der Länder sowie an die gesetzgebenden Körperschaften folgende dringende Forderungen zur Wohnungspolitik: Während sonst im Wirtschaftsleben der Produktionsprozeß ins Stadium gerät, wenn keine Nachfrage nach Erzeugnissen besteht und wenn die Lager überfüllt sind, ergibt sich auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft das eigenartige Bild, daß trotz einer außerordentlichen Nachfrage nach Wohnungen die Bauwirtschaft schwer darniederliegt. Diese Tatsache läßt darauf schließen, daß die Beschäftigungslosigkeit in der Bauwirtschaft und verwandten oder ihr nahestehenden Wirtschaftszweigen mit Hunderttausenden von Arbeitern und Angestellten nicht durch den natürlichen Ablauf der Wirtschaft bedingt ist, sondern auf nicht mehr zweckmäßige Maßnahmen in der Wohnungspolitik zurückzuführen ist.

Der 5. Allgemeine Deutsche Bauvereinstag kann nach wie vor in keiner Weise das Heilmittel in der Behebung der Wohnungsfrage in einem natürlichen Ausgleich von Angebot und Nachfrage erblicken. Eine Angleichung der Mietpreise an das vorhandene Wohnungsangebot kann wegen der Lebensnotwendigkeit der Schaffung von Wohnungen für die Allgemeinheit zur Bekämpfung von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit nicht abgewartet werden. Erstes Erfordernis ist vielmehr die sofortige Ankurbelung der Wohnungsproduktion unter Anspannung aller vorhandenen Hilfsmittel. Dabei ist zu beachten, daß die Hauptnachfrage im Wohnungswesen auf Erstellung kleiner und mittlerer Wohnungen gerichtet ist.

Felsblock zerschmettert ein Auto.

Die drei Insassen sofort getötet.

Paris, 10. Juni. (Eigenbericht.)

In der Nähe von Lyon stürzte am Dienstag infolge eines heftigen Sturmes ein riesiger Felsblock auf eine Chauffee, über die gerade ein Auto fuhr. Die drei Insassen des Autos, ein Lyoner Kaufmann mit seiner Familie, wurden auf der Stelle getötet, der Chauffeur wurde schwer verletzt.

Ein Affe — Schrecken von Paris.

Er spielt „Nachgespenst“ / Feuerwehrt kann ihn nicht fassen.

Paris, 10. Juni. (Eigenbericht.)

Ein Teil der Pariser Feuerwehr hatte am Dienstag die seltsame Aufgabe, auf Affen Jagd zu geben. Der Affe, der Pfaffen aus einem Tierpark entflohen war, hat seit seiner Flucht in die Freiheit eine ganze Anzahl Untaten vollbracht.

Am Montagabend drang der Affe in ein Hotelzimmer ein, trant dort sämtliche Parfümflaschen eines Gastes aus, verschlang dann einige Blätter Toilettenpapier und knabberte schließlich den Teppich an. Später zerhackte er einige Spiegel und Fensterscheiben. Dann suchte er das Weite. Am Dienstag früh drang er in einem anderen Hotel in das Schlafzimmer einer Dame ein, wo er ein Stück Seife aufzufressen begann. Als die Zimmerbewohnerin um Hilfe schrie, klüffelte der Affe, ließ sich auf einen Baum nieder und verzehrte dort in aller Ruhe das Stück Seife. Die Bemühungen der Feuerwehrt, das Tier zu fangen, blieben bis Dienstag abend erfolglos.

Juniprogramm im Alhazat. Man ist jetzt im Sommer im Alhazat von dem großen Saal in den kleinen hinübergezogen und zeigt hier ein reichhaltiges Kabarettprogramm. Es sind und es sind verfügbar über ein jahrelanges Können im Tanzen; man würde sie gerne, auf einer Grobphase wiedersehen. Sonja Carsten, eine reizende kleine Tänzerin, zeigt Spigenkunst. Die Tänzerinnen Mary und Gaby posieren reizend zusammen. Das Retrospektiv Glawini, Ipanne, Wolff, Ballet Slawner und die Isophonenkünstlerin Anka füllen den übrigen Teil des Programms aus und bieten mancherlei Kurzweil. Die Kapelle Pawloff spielt.



Berlin als Weltstadt

Anregung und Kritik

Der abonnierte Schlips.

Das wird also, wenn sich die Hoffnungen der Herrenausstattungs-geschäfte verwirklichen, der Schlager der nächsten und aller kommenden Saisons werden: Das Abonnement auf Schlips, Kragen, Hemden, Unterwäsche, Socken und alles, was zu einer Herrenausstattung außer dem Anzug noch gehört. Damit will man Se. Majestät dem Kunden das „Stottern“ wieder ein bißchen abgewöhnen, denn wenn uns in den letzten Jahren auch oft genug versichert worden ist, daß der Kunde König sei, so ist zwischen ihm und anderen Königen doch ein kleiner Unterschied: Die letzten von ihren Vätern, man vermisse sie wirklich nicht sehr, ein Streif der Könige hätte uns alle sehr kalt gelassen — nach Se. Majestät dem Kunden aber schreit sein getreues Volk und kann ohne ihn nicht leben. Im übrigen kann man zugeben, daß die Idee was für sich hat. Es ist dem Angestellten wie dem Arbeiter jetzt zumeist nicht möglich, größere Anschaffungen auf einem Brett zu bezahlen. Während man bisher bei der üblichen Art des Kreditaufbaues aber von „vorausgenommener Kaufkraft“ Anschaffungen machte, die Verpflichtungen nachher manchmal sehr drückend wurden, wollen die Herrenausstattungs-geschäfte nun den Modus des Abonnements einführen; für eine Zahlung von wöchentlich zwei Mark soll der Kunde im Verlaufe eines Jahres eine komplette Herrenausstattung vom Hut bis zu den Socken erhalten — insgesamt Gegenstände im Wert von 110 Mark, während er nur 104 Mark einzahlt; der höhere Wert der Gegenstände soll eine Prämie für treue Kundshaft sein. Die Sache hat einige recht verlockende Seiten: Man zahlt, wie gewohnt, in kleinen Raten, hat für die eingezahlten Beträge freie Wahl unter allen Waren (die „Rusterausstattung“ ist ein durchaus unverbindlicher Vorschlag); bei Arbeitslosigkeit oder sonstiger nachgewiesener Notlage aber kann das Abonnement sofort aufgehoben werden, eine Verkaufung des Käufers ist nicht möglich. Es kann auch „Rutter“ hier für alle Familienmitgliedern männlichen Geschlechts oder Geburtstagsgeschenke abonnieren, zwei Brüder können gemeinschaftlich ein Abonnement nehmen — die Zahl möglicher Kombinationen ist praktisch unbegrenzt.

In Amerika geht man übrigens mit diesen Abonnements noch ein Stückchen weiter: Da bekommt der Abonnent „die“ Krawatte und „das“ Hemd der Saison gleich ins Haus geschickt — und es ist ihm so recht und lieb, denn der amerikanische Geschmack ist viel mehr typisiert, und man trägt stolz die Krawatte, die alle tragen — man würde sich mit einer anderen geradezu „old-fashioned“ vorkommen, während hier wohl gerade das Recht freier Wahl dem Abonnement Fremde werden wird. In jedem Fall ist das Abonnement eine neuartige Art von Verkaufspropaganda und, genügend Sicherung des Kunden bei Konkursen usw. vorausgesetzt, eine volkswirtschaftlich durchaus einwandfreie Angelegenheit.

Von der geistigen Nahrung.

In dieser Stelle hat einst das folge Wort gestanden: Jedem Deutschen jedes Buch — eine Erfindung des Austauschverkehrs der deutschen Bibliotheken. Mit den Zeitungen, dieser zweiten

Quelle der Belehrung und Hauptquelle für die Erkenntnis der geistigen Struktur der deutschen Nation, ist es nicht so gut bestellt. Man kann man natürlich nicht verlangen, daß die Bibliotheken die Billionen von Zeitungsblättern ausstapeln, die alljährlich erscheinen, aber vielleicht ließen sich doch in den genannten Austauschverkehr einreihen. Von staatlichen und städtischen Verwaltungen, von Vereinigungen aller Art werden gerade Zeitungen aufbewahrt, die in der Bibliothek des betreffenden Gebietes keine Sammlung finden. Die Grundfrage müßte sein, daß die Austauschstelle in den Besitz eines Verzeichnisses aller Zeitungen käme, die nicht von Bibliotheken, sondern von Amtsstellen und von Vereinen gesammelt werden. Die Kosten für das einzelne Amt würden minimal sein; bei den Vereinen dürfte die Ermägung, daß auch sie einmal von der Einrichtung profitieren könnten, die kleine Mühehaltung rechtfertigen. Die Hauptkosten würden der Berliner Austauschstelle entstehen, den Etat aber wohl nicht übermäßig belasten. Bei dieser Gelegenheit soll aber nicht verschwiegen werden, daß es selbst in Berlin Vereinigungen gibt, deren ansehnlicher Bücherbestand nicht durch einen Katalog gebrauchsfähig gemacht ist. Ein bloßes Eingangsverzeichnis kann niemals einen Katalog ersetzen. Den Leitern solcher Bibliotheken würde die neue Aufgabe wahrscheinlich willkommenen Anlaß zur gründlichen Einkehr geben.

Brauchen Telephonautomaten Nachtruhe?

Wenn abends um neun Uhr die Telegrammannahmestellen ihre Schalter schließen, stehen den Berliner Bürgern außer den in Kaffeehäusern und Bahnhofen untergebrachten Fernsprechautomaten nur noch die neuerdings unter freudiger Begrüßung eingeführten Straßenautomatenhäuser der Reichspost zur Verfügung. Aber diese Häuser werden von der Reichspost abgesehen. Weßhalb? Eine entsprechende Rückfrage beim Postamt ergab, daß es geschehe, weil die Automatenhäuser angeblich sehr häufig von Obdachlosen als Unterchlupf benutzt und verunreinigt würden. Ist denn das wirklich schon so oft vorgefallen, daß eine solche Maßnahme der Reichspost gerechtfertigt erscheinen dürfte? Und kann denn hiergegen nicht anders eingeschritten werden?

Ueberfälle in der Eisenbahn.

Die Ueberfälle auf allein im Eisenbahnabteil sitzende Personen haben sich leider in der Verkehrspraxis eingebürgert. Selbst im Nahverkehr kommen solche Attentate vor. Ein wirksames Abwehrmittel wird schwer zu finden sein — die eigene Wachsamkeit wird am meisten dazu beitragen, daß solche verbrecherischen Anschläge nicht zur Ausführung kommen. Vor allem sollte der oder die Reisende sich so setzen, daß die Notbremse leicht erreichbar ist. Da der Weintrinkende ja den Platz nach seinem Belieben wählen kann, ist die Erfüllung dieser Vorkehrungsmaßnahme immer möglich. Dann natürlich vermeide man Gespräche — es ist oft unglaublich, mit welcher Offenherzigkeit Menschen ihre persönlichen Verhältnisse offenbaren. Mit Polizeimaßnahmen allein ist diesen Verbrechern nicht das Handwerk zu legen; jeder Reisende sollte das Seinige dazu beitragen.

Schlechte Zeiten für Pfandleihen.

Die meisten Pfänder werden nicht mehr eingelöst.

Die Basis des Geschäfts der Pfandleihen ist Ehrlichkeit auf beiden Seiten, beim Kunden sowohl wie beim Pfandleiher. Vom Standpunkt des Pfandleihergeschäfts betrachtet, müssen wir in recht unehrlichen Zeiten leben, denn das Dreifache an dem, was an Pfändern früher wieder eingelöst wurde, läßt heute das Publikum verfallen. Es sei als bekannt vorausgeschickt, daß dem Pfandleiher die verkauften Pfänder nicht gehören. Er ver-wallet sie nur und kann die uneingelösten Sachen erst nach zwei Monaten mit Genehmigung der Behörde öffentlich versteigern lassen.

Auch der Erlös aus der Versteigerung gehört ihm nicht; er hat nur das Recht, sein Darlehen, den Zinsbetrag und seine Unkosten von dem Versteigerungsbetrag abzuziehen; ein etwaiger Ueberschuß muß an das Wohlfahrtsamt abgeführt werden. Erreichen die Pfänder die Höhe seiner Forderung nicht, so werden sie ihm auf sein Gebot zugeschlagen. Sie sind dann erst Eigentum des Pfandleihers. Er mag dann zusehen, wie er durch Verkauf der Sachen wieder zu seinem Gelde kommt; auf jeden Fall hat er vorläufig eine Minderung seines Kapitalfonds zu beklagen, des Geldes, mit dem er arbeiten muß. Um diesem Uebel zu steuern, haben die Berliner Pfandleiher in der Neuen Friedrichstraße 33 eigene Versteigerungsräume geschaffen. Sie wollen durch eine Konzentration ihres Versteigerungswesens eine Unkostenminderung herbeiführen und möchten auch dem Privatpublikum Gelegenheit geben, an einer zentral gelegenen Stelle sich reger an den Versteigerungsmärkten zu beteiligen. Alles, was in Berlin zur Börse gehört, zur Brillanten-, Goldwaren- bis zur Kleiderbörse, also Orient und Okzident, trifft sich hier in den freundlichen Räumen. Die ausgebotenen Pfänder wandern von Hand zu Hand in kritischer Betrachtung. Der Ausrufers klopfen so lange auf den Auslagetisch, bis auch der zweite Verlohrer wieder an der Oberfläche auftaucht. Losen, Jacketts, Pelzmäntel und andere Garderobenstücke werden auf Reueheit und Schneiderqualität geprüft. Mancher Käufer zieht auch die Sachen schnell einmal über, um zu sehen, ob sie für seine Figur passen. Andere kaufen wieder mit einer Zielstärkerheit alles, was billig und erreichbar ist. Ganze Ballen gebrauchter Kleidungsstücke häufen sich vor ihren Füßen. Das Angebot steigt. Schon ist die im Buch eingetragene Forderung des Pfandleihers erreicht, ohne

Zwischenfall fällt der Hammer. Bei anderen Stücken will das Angebot nicht recht vorwärts gehen. Da ist Wäsche, prima neuer Damast: zwei Betten mit Laten, der Pfandleiher hat selbst 14 M. darauf geliehen. Mindestens muß die Sache 18 M. bringen, wenn Zinsen und Unkosten darauf geschlagen werden, doch das Angebot erreicht nur 12 M. Immer und immer wieder verjagt der verzweifelte Versteigerer und der Pfandleiher, der neben ihm sitzt, 50 Pf. auf das Angebot draufzulegen. Es gelingt nicht. Mit 14 M. erhält der Pfandleiher den Zuschlag. Ein ganzes Warenhaus könnte eine Pfandleihe mit diesen Pfandstücken ausstatten, auf denen es sitzen bleibt. Dabei wird der Pfandleiher versuchen, die Ware freihändig in seinem Geschäft zu verkaufen. Früher waren Gehörde und Cuts ein gangbarer Artikel, die Händler verachteten sie zu den Regensäckchen. Aber die Mode in Afrika muß sich gewandelt haben. Heute kann man in einer Pfandleihe am Alexanderplatz einige tausend Gehörde, das Stück mit 75 Pf., kaufen, weil sie schon jahrelang dort hängen.

Am Schluß der Versteigerung zeigt der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Pfandleiher, der zufällig seine eigene Versteigerung abhielt, die Ertragsliste. Es sind 254 Nummern zur Versteigerung gelangt, davon lautet das jüngste Pfand noch aus dem Oktober vorigen Jahres. An Kapital waren 2741 M. zu fordern, ohne die Zinsen, Unkosten der Versteigerung, Saalmiete u. a., was ungefähr noch 200 M. beirug. Der Erlös belief sich auf nur 2334 M., so daß bei allem Rechnen die Versteigerung noch mit einem Barverlustr von 50 M. abschloß. Nur bei 18 Pfändern war ein kleiner Ueberschuß über das Ruß erreicht worden, der pflichtgemäß an das Wohlfahrtsamt abgeführt wird. Es zeigt sich, daß trotz vorsichtiger Belehrung die Sachen noch zu hoch beliehen waren, so daß der Pfandleiher mit knapper Not sein Geld wieder bekam. Für 80 Pfänder fand er obendrein keinen Käufer, sie gehören nunmehr ihm.

Es ist also durchaus keine sorgenfreie Existenz, die die Berliner Pfandleiher führen. Viele alte, eingefessene Pfandleiher sind in den letzten Jahren in Berlin „geplatzt“, wie hier der sachverständige Ausdruck lautet. Und das ist um so mehr zu bedauern, als gerade die Pfandleiher die „Bankiers der kleinen Leute“ waren, die bei allerlei Koständen gern einsprangen.



Gegen die Wirtschaftskrise.

Sinn und Widersinn der Unternehmerinitiative.

Durch die Initiative des Wirtschaftspolitikers und Reichstagsabgeordneten von Raumer sind Vertreter der organisierten Unternehmer und der organisierten Arbeiterklasse zu gemeinsamen Verhandlungen zusammengetreten, um dem deutschen Wirtschaftsleben einen neuen psychologischen und materiellen Antrieb zu geben. Es ist ungenügend, ob diese Verhandlungen zu einem Ziele führen werden. Notwendig aber ist es, sich über den möglichen Sinn dieser Verhandlungen klar zu werden.

Während der Bürgerkrieg regiert...

Es ist bisher die pikante Tatsache in der Öffentlichkeit noch gar nicht gemühdigt worden, daß diese Initiative der deutschen Unternehmer in einem Zeitpunkt erfolgt ist, in dem, äußerlich gesehen, die deutschen Unternehmerparteien es hundertprozentig in der Macht haben, die Wirtschaftspolitik im Deutschen Reich zu bestimmen. Wir nennen diese Situation pikant, weil sie zeigt, daß auch hundertprozentige Macht ausübung in der Politik an den ökonomischen Zwangslagen und den Wünschen nach ihrer Behebung distanzieren, nichts zu ändern vermag. Diese Erkenntnis ist auch für die Arbeiterklasse wichtig, die so manchmal über die ungenügende Ausnutzung der politischen Macht ungeduldig geworden ist, wenn ihre eigenen Vertreter in der Regierung sitzen. Die Situation ist aber noch aus einem anderen Grunde interessant. Es sieht nämlich so aus, als ob die deutschen Unternehmer überhaupt ihrer politischen Macht nicht vertrauen, nachdem sie die traurige Erfahrung gemacht haben, wie Mittelstand und Junkertum als vorkapitalistische Schichten das, was das hochkapitalistische System zum Leben braucht, schließlich aus reinem Gruppenegoismus sabotieren oder versagen. So scheint es kein Zufall zu sein, daß die Unternehmer, unbekümmert um ihre Nachstellung im Parlament, den Weg der Zusammenarbeit der querverbindenden Wirtschaftsorganisationen zu beschreiten suchen, und auch das scheint uns eine wichtige Erkenntnis über die politischen Voraussetzungen für Erfolge des hochkapitalistischen Systems zu sein, die wiederum die Arbeiterklasse sehr angeht. Die Unternehmer scheinen zu merken, daß ein hochkapitalistisches System politisch vor die Hunde gehen kann, wenn man die Führung der Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik von vorkapitalistischen Schichten abhängig macht, wie Junker und Mittelstand sie darstellen, statt sich bemüht zu sein, daß bei den heute noch gegebenen wirtschaftlichen Fortschritten im kapitalistischen System nur mit den auf die Steigerung des volkswirtschaftlichen Effekts bedachten fortschrittlichen Schichten der Arbeiterklasse erlaubt werden können. Die Arbeiterklasse kann das Bemühen und als Beweis für ihre politische und ökonomisch unerschütterliche, weil in den Dingen begründete Machtposition im Hochkapitalismus ansehen...

Das Ziel der Verhandlungen.

Doch nun sofort zu den Dingen selbst, um die es vom Standpunkt der Unternehmer bei diesen Verhandlungen der Klassenmäßig ja entgegengesetzten Wirtschaftsorganisationen geht. Das Wort von der Arbeitsgemeinschaft ist in der Tat ein Versteckspiel. Die Unternehmer haben auch nicht annähernd etwas ähnliches selbst vorkapitalistisch vorgeschlagen. Die Sanierung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung durch die einprozentige Beitragserhöhung ist ebenfalls kein anderer Ausweg bleibt. Wehnlich steht es, politisch gesehen, mit dem sogenannten Notopfer der Selbstbesteuerten auch in der Privatwirtschaft, denn als außerordentliche Reichshilfe hat das Reichsamt selbst dieses scheinbare Unternehmerzugeständnis in sein Finanzprogramm aufgenommen.

Es bleibt in der Tat — und das war auch, ausgesprochen oder nicht, bei den Verhandlungen das Entscheidende — was mit den Löhnen geschehen soll. Das war schließlich das einzige, was die Unternehmer bei den von ihnen angeregten Verhandlungen interessiert. Freilich kann man nicht mit der Forderung heraus, die Löhne sollen in Deutschland gesenkt werden, ohne daß etwas weiteres geschieht. Die Arbeiterorganisationen sollten sich bereit erklären, das Lohnniveau ohne Entseufung von Wirtschaftskämpfen dann herabzusetzen, wenn das Preisniveau zurückgeht, und die Senkung des Preisniveaus, die ja vom Willen der Unternehmer abhängen scheint, sollte dadurch gefördert werden, daß die Arbeiterorganisationen einer Senkung der Löhne zustimmen, sobald die Preise herabgesetzt werden.

Es ist auch in besonderer Maße beachtlich, daß diese Initiative ausschließlich von Männern ausgegangen ist, die der verarbeitenden Industrie nahesteht, und daß auch an den Verhandlungen zunächst niemand beteiligt war, der den fertigeren Industrien, besonders der Schwerindustrie, angehört. Es waren Männer, für die das Prinzip der freien Wirtschaft ein Ideal ist, Männer, die unbedingt den Marktgesetzen vertrauen müssen, die ja ohnehin in der Krise eine Preisentwertung zu erzwingen pflegen. Warum misstrauen diese Männer dem ökonomischen Gesetzen? Warum haben es diese Männer für notwendig gehalten, der Preisentwertung einen psychologischen und materiellen Vorstoß zu geben? Wir glauben, die Antwort liegt darin, daß die verarbeitende Industrie aus sozialpolitischen Gründen jahrelang in falscher kartell- und wirtschaftspolitischer Front gestanden hat und

Jetzt an eine ausreichende Preisentwertung durch die Kartellindustrien selbst nicht glaubt.

Wie liegen denn die Tatsachen bei den Inlands- und Weltmarktpreisen der in Deutschland monopolisierten Produkte, durch deren Hochstand die verarbeitende Industrie so schwer zu leiden hat? Im Monat Mai betrug der Weltmarktpreis für die Tonne Roheisen 101,50 M., der deutsche Inlandsverbraucher zahlte aber im Durchschnitt 150 M., und die Rückvergütung für Exportzwecke ließ noch eine ungedeckte Differenz von rund 10 M. Bei Stabeisen betrug der Weltmarktpreis 107,50 M., der deutsche Verbraucher zahlte im Durchschnitt 152 M., und die Exportrückvergütung belohnte die verarbeitende Exportindustrie noch je Tonne mit 13 M. Wehnlich ist es bei Bandeis: bei Grobblechen betrug der Weltmarktpreis 129 M., der inländische Verbraucher zahlte 161 M., und die Exportrückvergütung ließ noch eine ungedeckte Spanne von 3 M. Bei Mittelblechen ist es nicht anders.

Ebenso liegt es bei der Kohle. Während die englische Durham-Kohle dem englischen Arbeiter nur 12,53 M. ab Grube kostet, zahlt der deutsche Arbeiter für feine Ruhrkohle ab Grube 16,89 M. Ruhrkohle kostet ab Grube 24,52 M. für deutsche Verbraucher, Durhamkohle kostet für englische Verbraucher ab Grube nur 10,54 M.

Die deutsche verarbeitende Industrie ist, soweit sie exportiert, auf das Schwerkste durch die inländischen Monopolpreise belastet. Giecherei-Rohheisen III kostete ab Werk im Mai in Deutschland 85 M., in England nur 67,70 M., in Frankreich nur

80,25 M. Stabeisen kostete in Deutschland 141 M., in England nur 130 M., in Frankreich nur 112,34 M. So muß das Ausland auch im deutschen Inland nach Boden gewinnen. In den wichtigen, ganz vom Weltmarkt abhängigen Rohstoffen, wie Zink, Blei, Aluminium, Kupfer, die fast allein von der verarbeitenden Industrie gebraucht werden, hat die monopolistische Schwerindustrie wenig Bedarf. Die Preisstürze in diesen Rohstoffen kann die verarbeitende Industrie nicht als Argument zur Preisentwertung bei der Schwerindustrie vorbringen. Um so wichtiger sind für die Schwerindustrie die Löhne.

Wir haben restloses Verständnis für die aus solchen Preisstürzen bei der gegenwärtigen schwierigen Exportlage und den außerordentlich schlechten inländischen Abfahrverhältnissen für die verarbeitende Industrie sich ergebende Situation. Aber wir glauben, daß man eine Festlegung der Gewerkschaften auf bestimmte Lohnpolitische Verhaltensweisen auch deshalb wünscht, um den Druck bei der Schwerindustrie zur Preisentwertung zu verstärken.

Löhne und Preise.

Sehr ernst ist aber die volkswirtschaftliche Frage, welchen Nutzen denn eine irgendwie geartete Lohnsenkung zur Überwindung der Krise haben könnte, besonders für den Fall, daß Lohnsenkungen nur in dem Ausmaß erfolgen würden, in dem Preisentwertungen bereits durchgeführt sind. Da scheint uns denn doch sehr übersehen zu werden, daß nicht die Höhe der Löhne, sondern die Summe der ausgezahlten Löhne, und zwar in ihrem Verhältnis zu den Preisen entscheidend ist. Das Ausland kann nur dann mehr Aufträge der Industrie zur Verfügung stellen, wenn die Lohnmehrfähigkeit oder die inländische Kaufkraft der entlohnten Massen steigt.

Die Frage ist sicher zu verneinen, daß die bisherige Lohnhöhe an sich krisenfördernd gewirkt hat und daß eine nominelle Lohnsenkung ohne weiteres krisenmildernd wirken müßte. Soweit die Schwerindustrie in Frage kommt, ist die Ursache der Absatzhemmung in dem durch die Weltwirtschaftskrise und durch die Schwierigkeiten auf dem deutschen Raumarkt rückgängig gewordenen inländischen Absatz begründet. Aber auch in der verarbeitenden Industrie sind es nicht die Löhne, die abnehmend wirken. Trotz der bisherigen Lohnhöhe hat die verarbeitende Exportindustrie im ersten Quartal 1930, während der Export aller Konkurrenzländer in der Welt zurückgegangen ist, ihren Anteil am Weltmarktgeschäft noch steigern können. Was die exportierende Industrie heute an der weiteren Entwicklung und eventuell an der Konkurrenzfähigkeit im Ausland hemmt, das ist die Höhe der im Inland zu zahlenden, von der Schwerindustrie diffundierten Materialpreise und wiederum der auch im Inland durch Weltwirtschaftskrise und Verschlechterung des deutschen Raumarktes so stark rückgängige Absatz.

Die Senkung der Eisenpreise.

Nach der Verbindlichkeitsklärung.

Die Eisenverbände wollen am Donnerstag über die nach dem gestrigen Siegerwortschickspruch erforderlichen Preisentwertungen beraten. Möglicherweise soll die Eisenpreisermäßigung bei Stabeisen, wie gemeldet wird, noch über 3 M. die Tonne hinausgehen. Schon jetzt werden bei der Durchführung der Preisentwertung für die einzelnen Produkte wegen der Kalkulation der eintretenden Ersparnisse große Schwierigkeiten erwartet, da die Werke offenbar nur nach anteiligen Löhnerparnissen die Erlösepreise aus den einzelnen Produkten sich lohnen lassen wollen.

Was eine Preisentwertung um 3 M. je Tonne bedeutet, mag folgende Tabelle klarmachen:

Es kostet im Weltmarkt 1 Tonne in Reich	Deutsche Bezahlungen (im Durchschnitt ab Werk)	Export (Net)	Preis Rückvergütung	Preis Rückvergütung bleibt eine Monopolpreisbelastung
Roheisen ..	101,50	144,00—154,00	34,00	8,50—18,50
Stabeisen ..	107,50	147,00—157,00	32,00	7,50—17,50
Bandblech ..	120,00	171,00—178,50	40,00	11,00—17,50
Grobbleche ..	129,00	161,50	27,00	5,00
Mittelbleche ..	132,50	165,00—172,00	25,00	7,50—14,50

Ab Werk war im Mai zu zahlen:

	Für 1 Tonne in Deutschland	England	Frankreich
Giecherei-Rohheisen III ..	85 M.	67,70 M.	80,25 M.
Stabeisen ..	141	130,-	112,34

Das deutsche Inland wird danach von der deutschen Eisenindustrie um 39—47 M. teurer beliefert als das Ausland. Trotz der Auf-Rückvergütung zahlen die exportierenden Arbeiter nach den Juniätzen noch 8—18 M. mehr! Das wird sich jetzt — vielleicht — um 3 M. „bessern“.

Um diesen Preis wird eine Revolution im Lohn- und Preissystem durchgeführt, die noch die schwersten Kämpfe kosten wird. Ohne Stegewalds Eingreifen hätte die Schwerindustrie die Preise von sich aus viel stärker senken müssen. Die Lohnopfer werden umsonst gebracht. Wann endlich werden die betroffenen Arbeiterindustrien den Mut finden, sich zum Wort zu melden?

Neue Diskontsenkung nötig.

Starke Entlastung der Reichsbank in der ersten Juniwoche.

Nach dem Reichsbankausweis vom 6. Juni wurden die Kreditlinien der Reichsbank in der ersten Woche nach dem Ultimo wieder sehr stark entlastet. 73,5 Mill. Reichsmark Reichsschatzwechsel wurden von der Reichsbankkundschaft wieder zurückgekauft, so daß sich die Bestände auf 10,9 Mill. Reichsmark ermäßigten. Der Bestand an Handelswechseln ging um 81,2 auf 1792,6 Mill. der Bestand an Lombarddarlehen um 120,6 auf 67,1 Mill. Reichsmark zurück. Die unverzinslichen Gelder auf dem Girokonto haben sich um 47,7 auf 448,8 Mill. Reichsmark erhöht.

Der Umlauf an Reichsbanknoten ist um 239,7 auf 4572,7 Mill. Reichsmark zurückgegangen. Die Goldbestände mußten wieder beträchtlich vermehrt werden. Sie stiegen um 27,6 auf 2618,8 Mill.; ebenso haben sich die Bestände an bedungsfähigen Denissen um 28,9 auf 379,7 Mill. erhöht. Das Deckungsverhältnis der Noten möchte wieder einen beträchtlichen Sprung nach oben. Durch Gold und bedungsfähige Devisen war der Notenumlauf am 6. Juni mit 65,6 gegen nur 61,1 Proz. in der Vorwoche bedeckt. Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlen, daß nicht ein mal eine volle Woche, sondern nur die sechs ersten Junitage zur Abrechnung kamen. Die Entlastung der Reichsbank würde sonst noch erheblich größer gemessen sein.

Bei solchen Zusammenhängen erwarten, daß von der Senkung der Löhne eine Behebung der Wirtschaft ausgehen könnte, weil durch die Lohnsenkung die Selbstkosten zurückgehen, das kann nur der, der neue Aufträge aus dem Nichts erschaffen sieht. Man vornehmlich muß deshalb für alle Verhandlungen über Löhne und Preise die Erkenntnis festhalten, daß zur Behebung der inländischen Krise die eine Steigerung der Kaufkraft der jetzt gezahlten Lohnsummen voraussetzen, nicht nur Preisentwertungen jeder Lohnänderung vorangehen müssen, sondern die Preisentwertungen stärker sein müssen als jede nominelle Lohnsenkung. Und zwar Preisentwertungen, die nicht an den Großhandelspreisen gemessen werden, sondern an den Kleinhandelspreisen, die allein für die Bemessung der Kaufkraft der Löhne maßgebend sind, unter Berücksichtigung der notwendigerweise erhöhten Verbrauchssteuern und Zölle. Ueber die volkswirtschaftliche Gefährlichkeit der Inflation ist nichts Neues festzustellen. Wenn gesagt wird, daß das Zusammenwirken von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen

auch zur Behebung der Vertrauenskrise

in der Wirtschaft beitragen soll, so ist zu beachten, daß diese Vertrauenskrise von den Unternehmern selbst weitgehend beseitigt werden könnte. Wenn die verarbeitende Industrie von dem Argument der Schwerindustrie abdrückt, daß Preise nur im Ausmaß von Lohnsenkungen herabgesetzt werden können, dann wird die allgemeine Preisentwertung in Deutschland sehr schnell in Gang kommen. Sie könnte klar und deutlich außerdem eine Kartellreform verlangen, die die Ausbeutung des Inlandes durch die Kartellindustrien einschränkt. Wenn ferner der Reichsverband der Deutschen Industrie zusammen mit dem Industrie- und Handelsrat und mit dem Zentralverband der Bankiers und des Bankgewerbes eine Rundgebung erläßt, die die Kapitalflucht aus Deutschland als schädlich und unmoralisch charakterisiert, dann können sich in Deutschland mit der Kapitalverföhrung auch die Kapitalpreise bessern. Wenn man darüber hinaus die Reichsregierung und die Reichsbank dazu veranlassen würde, in der Frage der öffentlichen Auslandsanleihen volkswirtschaftliche Besinnung endlich zur Geltung zu bringen, dann wird es nicht nur mit der Vertrauenskrise, sondern auch mit der deutschen Wirtschaftskrise überhaupt, soweit sie nicht von der Entwicklung der Weltwirtschaft abhängt, vielleicht bald zu Ende sein.

Es ist nun durchaus in der Ordnung, daß die organisierte Arbeiterklasse es nicht abgelehnt hat, mit den Unternehmern auch über Löhne und Preise zu verhandeln. Wir vertrauen den Vertretern der Arbeiterklasse, daß sie die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen und die Interessen der Arbeiterklasse zu wahren wissen. Die Position der Arbeiterklasse bei diesen Verhandlungen ist hart, trotz der Krise. Aber für Arbeiterklasse und Öffentlichkeit ist es notwendig zu wissen, daß auch der kapitalistische Verhandlungspartner unter dem Druck von Zwangslagen handelt und daß für hochwichtige Voraussetzungen zur Krisenmilderung und zur Beseitigung der Vertrauenskrise die deutschen Unternehmer nicht unter einen Hut zu bringen sind. K—r.

Eine neue Diskontsenkung ist wieder fällig. Der Brinabizfont ist gestern auf 3½ Proz. zurückgegangen. Tägliches Geld wurde mit 3—3¼ Proz. gehandelt. Die Reichsbank wird sich der Ermäßigung auf 4 Proz. kaum noch lange entziehen können. Auch die Auslegung der Reparationsleihe dürfte angesichts der miserablen Weltwirtschaftslage an diesem Zwang nicht ändern.

Beimischung von Monopolspirit.

Zur Sanierung der Monopolverwaltung und Bezogung von Junkerubventionen.

Die vom Reichstag der Regierung erteilte Ermächtigung sieht auch vor, daß von der Reichsmonopolverwaltung bestimmte Mengen Monopolspirit zur Beimischung zu flüssigen Kraftstoffen übernommen werden müssen. Ueber diesen Beimischungszwang soll am Sonnabend im Reichsfinanzministerium eine Besprechung mit den Interessenten stattfinden, die zur Durchführung Vorschläge gemacht haben. Ein Mitgelt hat gemeldet, daß je 100 Litern ausländischen Betriebsstoff 3 Liter Monopolspirit beigemischt werden sollen, was für die Branntweinmonopolverwaltung einen jährlichen Mehrertrag von 600 000 Mark bedeuten würde. Der Preis für den Monopolspirit soll so hoch festgelegt werden, daß die Monopolverwaltung keine Verluste mehr aus dem Verkauf erleidet. Insgesamt würde eine neue Verteuerung um 1½ bis 2 Pf. pro Liter eintreten.

Im Augenblick lassen sich diese Angaben noch nicht kontrollieren. Wären sie richtig, so würde die Reichsmonopolverwaltung einen neuen Schritt in einer gefährlichen Richtung machen. Ihre Verluste erklären sich in der Hauptsache aus den Liebesgaben, die für die kartoffelbrennenden ostfälischen Großbetriebe gezahlt werden. In den ostfälischen Großbetrieben steigen die Einnahmen aus dem Brennereirecht — die Ziffer ist phantastisch, aber sie stimmt — bis zu 11 Proz. der Bruttoeinnahme! Was hier den ostfälischen Großbetrieben auf dem Wege über den Kartoffelspirit geschenkt wird, das soll nach der obigen Konstruktion der industrielle und private Kraftstoffverbrauch wieder herbeibringen, obwohl erst ganz kürzlich Benzinzölle und Benzinsteuern erhöht worden sind. Ueber diese Dinge wird sehr bald Klarheit zu schaffen sein.

Beratungsstelle wieder verlängert.

Nach einem gemeinsamen Runderlaß des preussischen Innen- und des Finanzministers ist die Bestanddauer für die Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder und Gemeinden von neuem verlängert worden, und zwar bis zum Tage der Verabschiedung des Reichsetats des Jahres 1930. Wie lange soll dieses Spiel der Verlängerung für die „Arbeit“ der Beratungsstelle noch fortgesetzt werden?

Milchkathreiner?
— zur Hälfte doppelstarker
Kathreiner, zur Hälfte Milch!
Ob heiß oder gekühlt,
gleich köstlich!

Octave Mirbeau: Der Tod ist billig

Eines Abends kehrte der alte Cormeau später heim als gewöhnlich. Mißlaunig und in Gedanken versunken, schleppte er sich mattlos an das Feuer. Er beachtete sein Weib nicht, das auf einen ganz niederen Schemel saß, und die Ellenbogen über die Knie gestemmt, langsam Niben für ihre Küche schnitt. Der Schatten des Abends häuften sich in dem Deckengebälke, überflutete alle Winkel und lenkte sich nach und nach über die ganze Stube. Auf der heißen Asche summte ein Kochtopf. Neben dem Herd saßen zwei regungslose nachdenkliche Raben mit halbgeschlossenen Lidern. Draußen war strenger Frost. Auf dem Hügel gegenüber dem Hause lag ein roter Nebel und mächtig deckte der kalte Mantel der Nacht die Ebene, in der die und da der Reis, glänzenden Perlen gleich, ausblühte. Dann und wann hörte man das Klappern von Holzspantoffeln auf dem hartgefrorenen Boden.

„Cormeau!“ rief das Weib mit zitternder Stimme. „He, Cormeau!“

Aber Cormeau rührte sich nicht. Er hatte die Arme über die dünnen Beine gekreuzt, den Nacken über die Knie gebeugt und schien ganz entfernten Gedanken nachzuhängen.

„Hörst du?“ schrie neuerdings das Weib, deren Stimme im wachsenden Dunkel noch schriller wurde. „He, hörst du? Die Niben sind gefroren.“

Und als Cormeau diese Mitteilung unbeachtet ließ, streckte sie ihren kantigen fahlen Eulenkopf auf dem ausgetrockneten Hals vor, und fügte mit bitterer Betonung bei: „Sie sind gefroren, sag ich dir! Freilich! . . . Ich habe gewußt. Du hast heuer keine Einschlagerube machen wollen. Hast es dir in den Kopf gesetzt . . .“

Aber Cormeau antwortete nicht. Starr wie von Stein saß er auf seinem Stuhle.

„Was ist dir denn? . . . Cormeau! . . . Hörst du mich nicht?“ Erschroden über sein Schweigen kreischte sie nun auf: „Die Niben sind gefroren, sag ich dir, dummes Kerl! . . . Aber was hast du denn?“

In diesem Augenblicke pochte man draußen an der Türe und gleich darauf wurde in der offenen Türe der Schattentritt eines Bettlers sichtbar, dessen elende, hagere, stehende Gestalt sich scharf von dem blassen Abendhimmel abhob. Und während Cormeau und sein Weib gleichzeitig voll Mißtrauen ihre an nächtliche Raubvögel gemahnenden Köpfe vorstreckten, hörte man eine zitternde Stimme: „Bitte . . . bitte . . .“

Der Blick des Bauern unter den stark gerunzelten Brauen wurde sehr hart. „Geh weiter, Faulpelz“, sagte er. „Für Laugnichtle haben wir nichts.“

Die klagende Stimme hub wieder an: „Bitte guter Herr! . . . Es ist so schrecklich kalt! Heute Nacht kann man so leicht am Wege erfrieren . . .“

„Was kümmerts mich . . . Schau dich du weiter kommst!“

„Wenn Sie mir nur ein Lager geben wollen . . . einen Winkel in ihrem Stall . . . nur für einige Stunden.“

„In meinem Stall!“ Cormeau brach in ein häßliches Lachen aus.

„Geh, geh, was glaubst du denn, mein Bürschchen? Bei meinen Niben? . . . Was dir nicht einfällt . . . geh weiter!“

„Bitte, bitte . . . ich habe seit gestern nichts gegessen!“

„Nach dich fort!“

„Mein Kamerad ist gestern nachts im Straßengraben erfroren . . . Muß ich denn des gleichen Todes sterben?“

„Nach dich du fortkommst!“

„Bitte, Barmherzigkeit!“

Die Stimme war schwach und weinerlich. Cormeau brüllte: „Sieh, dich, du fortkommst, sag ich dir. Wenn du kein Laugnichtle wärst, dann hättest du genug, dich satt zu essen und wüßtest auch, wo du schlafen kannst. So ist es ganz recht für dich. Glaubst du, ich arbeite, um Laugnichtle zu füttern und Spißhüben zu überbergen! Barmhütz! . . . Fort mit dir . . . Nach mich nicht rüd . . . Mich frickt schon im Rücken bei der offenen Türe.“

Wätselzuckend nahm der Bettler seinen leeren Sack über die Schulter und sagte einlach: „Das ist nicht recht! Das ist nicht wohlgemut . . . Ich wohl!“

Dann zog er die Türe zu und ging langsam seines Weges, während er fast lautm vernehmbar Worte murmelte.

„Das ist doch zu dumm!“ murmelte Cormeau und sagte zu seiner Frau in beschuldigendem Tone: „Schieb den Kiesel vor die Tür. Sie sollen klopfen, so lange sie wollen.“

Die Frau gehorchte.

„Ist das ein Klend.“ sagte sie leise, während sie die Tür mit einer Lasten, in die Mauer eingelassenen Eisenbarre verschloß. „Ist es nicht besser, wenn solches Gekrächz freier? Wenn man alle Nichtstuer ausfüttern sollte, die vorbeikommen, na, da danke ich schon. In unserem Stall schlafen zu wollen! . . . doch die Ruhe dann allerhand häßliche Krankheiten bekommen.“

Da es indes Nacht geworden war, zündete sie eine Kerze an, setzte sich wieder auf den Schemel und fuhr in ihrer Arbeit fort.

Cormeau hatte sich auf seinem Stuhl ausgerichtet und betrachtete mit fixem Blick, wie das Feuer langsam die Kohle verzehrte.

Nach einigen Minuten begann die Frau: „Cormeau! . . . He! Mann! . . . Ich sag dir, die Niben sind gefroren. . . Bist gar taub? . . . Warum sagst du denn nichts, wenn ich zu dir spreche?“

Beim spärlichen, Hiernemdes Lichte der Kerze betrachtete sie den pershmpflichen Bauern, der unbeweglich beim Feuer saß, und sie wiederholte: „Warum redest du nicht? Du hast irgendwas, was dich quält. Du bist nicht wie sonst.“

Endlich antwortete Cormeau: „Nichts hab ich.“

„Oh ja, du hast was! Du bist krank . . . Mir scheint, du bist ganz rot . . . Mir scheint, du bist beinahe violett.“

„Nichts fehlt mir.“ versicherte der Bauer nochmals mit sichtlich Anstrengung.

„Aber doch . . . Bist ja ganz Gau.“

„Ich bin ganz blau?“

„Ja, ganz blau bist!“

„Na, ja, ich weiß nicht, was mit mir ist. Freilich fühl ich mich nicht recht wohl. Es fault mir in den Ohren . . . und jetzt fault es oben im Kopf. Als ich vorhin auf dem Feld war, glaubte ich umzufallen. Aber das macht mir nichts . . . Ich werde ein wenig gehen, es wird mir gleich wieder besser sein.“

Er versuchte sich zu erheben, konnte aber nicht. Es kam ihm vor, als sei sein Körper plötzlich Blei geworden. Eine leisefame Schwäche überfiel seine Muskeln, brach seine Arme, zermalme ihm das Kreuz. Seine matten, feuchten Hände vermochten die Strahlelehne nicht mehr festzuhalten. Seine Junge versagte den Dienst, und die Gegenstände ringsum begannen sich im Kreise zu drehen, nahmen seltsame, lebende Formen an, die wie Gespenster ausahen. Eine kleine rote Flamme . . . eine Schüßel mit einem plötz-

vor seinen Augen auf, langte herum und verschwand in einer dunklen Nacht, die aus dem Erdinnern zu kommen schien.

Er leuchtete schwach. Seine Kehle war trocken, sein Atem schwer: „Ich glaub, ich werd sterben. Jawohl! Jawohl! . . .“

„Geh, wie kannst solwas sagen.“ sprach die Frau.

„Ja, ja, . . . ich glaub, ich werd sterben.“

„Aber nein, du hast nur einen Wind im Kopf!“

„Ja, ja . . . ganz sicher werd ich sterben. Ich hab keinen Wind im Kopf. Den Tod hob ich im Kopf! Leg mich auf den Boden, sonst ersticke ich . . .“

Sie streckte ihn auf den Boden aus, schob unter seinen Kopf ein Kissen und schob seine schlotternden Beine zusammen, die bereits kalt zu werden begannen.

„Nun höre wohl.“ jodelte Cormeau mit verächtlicher Stimme. „Gib acht, daß du verstehst, was ich dir erklären will. Komm näher . . . es geht schon sehr schwer . . .“

Die Frau beugte sich über des Sterbenden Antlitz.

„Hörst du also?“

„Ja, ich höre!“

„Die Sache ist die! . . . Der Friedhof ist zu klein . . . ich weiß, daß er zu klein ist!“

„Jawohl!“

„Ich weiß, daß ihn der Gemeinderat vergrößern will! Ich weiß, daß er das Feld von Kemp kaufen will!“

„Jawohl!“

„Aber Kemp weiß nichts davon. Also, gib acht, was man da tun kann. Höre zu. Du wirst Kemps Feld kaufen. Es ist nichts wert . . . Bausen Steine . . . ein Schindanger. Mit 20 Pistolen hast du es gut bezahlt.“

„Aber wenn es feierig ist, will ich es nicht kaufen.“

„Höre, wenn du es gekauft hast, machst du es der Gemeinde zum Geschenk.“

„Ich soll das Feld der Gemeinde schenken? Bist du verrückt geworden, Cormeau? . . . Du redest so, weil du krank bist.“

„Sei ruhig . . . Du machst es der Gemeinde zum Geschenk mit der Bedingung, daß die Gemeinde dir dafür im Friedhofe einen Platz von fünf Quadratmetern für immer überläßt. Das hat einen Wert von fünfshundert Franks. Verstehst du? Du gibst zweihundert Franks her und bekommst dafür fünfshundert! Dabei sind dreihundert Franks gewonnen. Ruht dich aber eilen. Geh gleich morgen zu Kemp. Aber nicht später als morgen!“

„Fünfshundert Franks! Fünfshundert Franks!“

Und die Frau vertor sich in Gedanken über die genannten Summen, überschlug im Kopfe den Reingewinn dieses Unternehmens. Sie merkte nicht, daß er zu sprechen aufgehört hatte. Sie hörte das schwache, ersterbende Köchein nicht, das wie das Geräusch einer ablaufenden Uhr aus seiner Kehle kam, sie sah nicht, wie seine Finger sich krampften, wie seine Beine sich verzerrten, nicht seine Augen, deren Äpfel sich unter den erweiterten starren Lidern zurückrollten, daß nur das Weiße sichtbar war. Plötzlich kam der Bauerin ein schwerer Einwurf in den Kopf: Wie, wenn die Gemeinde das Geschenk zurückweist? . . . sagte sie sich, voll Angst vor dieser Möglichkeit.

Dann rufte sie: „Cormeau!“

Aber Cormeau antwortete nicht.

Sie beugte sich über ihn, legte ihre knöchigen Hände auf die Brust ihres Mannes und schüttelte ihn an den Schultern: „Cormeau! Cormeau!“

Aber Cormeau antwortete nicht. Er war tot.

Arbeitslose in Australien

Von Colin Roß

Vor der Kellerei des Weingutbesizers standen eine Menge Autos. „Haben Sie so viele Wagen?“

„I wo, die gehören den Arbeitlern!“

Die Arbeiter standen in langen Reihen im Weinberg und schnitten die überreifen Trauben, aus denen der schwere, süße australische Wein gekeltert wird. Die gute Hälfte waren Mädchen und Frauen. Sie trugen Kleider vom Ende des vorigen Jahrhunderts und Schutzhüte, aber keine war ohne Handschuhe — Hände und Finger dürfen doch nicht durch die Arbeit leiden.

Sonne, Trauben, eigene Autos — derartiges mochte das halbe Duzend Heizer und Trimmer der Leuna wohl gehört haben, das gleich am ersten Abend in Port Adelaide „ausstieg“. So eilig hatten sie es, in das gelobte Land zu kommen, daß sie nicht einmal die Auszahlung der Steuer abwarteten.

Wenn sie nur bis zum nächsten Morgen gewartet hätten, da bot sich die vierfache Zahl als Erlös an, stand schon in aller Frühe vor der Kammer des leitenden Ingenieurs. Mit jedem deutschen Schiff ist es dasselbe. Regelmäßig desertieren im ersten australischen Hafen ein paar Mann, die es meist schon am folgenden Tage bereuen und alles daransetzen, mit dem nächsten Schiff wieder in die Heimat zurückzukommen.

Auch die sechs aus der Leuna „Ausgestiegenen“ sprachen mich auf der Straße an, jammerten mir ihre Not vor und baten, ihnen Brot und Arbeit zu verschaffen.

Das vor am gleichen Tage, an dem ich auf dem Victoria Square auf eine ungewöhnlich große Menschenmenge stieß. Wenn sich in den Straßen Abweides Menschen zusammenballen, so im allgemeinen nur, um den Nachrichten von dem großen englisch-australischen Kriketmatch zu lauschen, die jede Zeitung durch Anschlag und jede Radiosendung durch Lautsprecher ununterbrochen bekanntgibt. Aber auf dem ganzen Victoria Square gibt es weder Zeitung noch Radiogehäst.

Die Menschen auf der weiten Rasenfläche hatten auch durchaus nicht den gespannten Ausdruck im Gesicht, den die Massen haben, die angstvoll auf bessere Nachrichten von den Kriketwettspielen lauschen; denn die Sache steht herlich schlecht für Australien. Sie scheinen im Gegenteil viel Zeit und Ruhe zu haben. Sie sitzen auf den Bänken, liegen auf dem Rasen, langern herum. Es sind gut angezogene Männer, jüngere und ältere. Die Ansammlung würde wie ein Picnik wirken, fehlten die Damen nicht.

Ich weiß nicht, was los ist. Für alle Fälle mache ich eine Aufnahme. So unauffällig wie möglich. Aber schon bin ich bemerkt. Die Männer springen auf, umringen mich, reden auf mich ein. Es sind gut 300 bis 400. Es sind Arbeitslose.

Als sie hören, wer ich bin, hält einer eine Ansprache: „Gentlemen, dieser Herr ist von der Presse. Er will eine Aufnahme von uns machen.“

Als sei dies eine Zaubersformel, so löst sich sofort das Durcheinander. In geschlossenen Reihen marschieren sie vor mir auf: die erste liegt, die zweite hoch, die andern dahinter stehen, ganz wie bei einem Vereinsausflug. Ob ich will oder nicht, ich muß sie fotografieren.

Darüber aber entsteht auf der Straße ein Auflauf. Polizei erscheint. Es ist durchaus nicht gemüthlich. Aber ich bin noch nicht entlassen. Der Unterlegte mit dem roten Schnurrbart, der die Ansprache gehalten hat, fährt fort: „Gentlemen, dieser Herr soll auch unsern „Shed“ sehen“. Und wir marschieren im geschlossenen Zuge, der Reihenweise mit mir an der Spitze. Jetzt kommt schon die Polizei auf Motorrädern an.

Der „Shed“ ist ein Wellblechschuppen in einer engen, schmuggigen Nebenstraße, der offizielle Arbeitsnachweis. Die Arbeitslosen aus dem Schuppen stoßen mit denen von der Straße zusammen. Das Gedränge wird lebensgefährlich, aber es gibt eine dritte Ansprache: „Gentlemen, dieser Herr will unsern Schweinefall fotografieren, in dem wir vergeblich auf Arbeit warten.“

Wieder muß ich eine Aufnahme machen. Aus der Menge haetzt es jetzt Juruse: „Bring uns in die Presse! Und schreib, es sollen ja recht viele Einwanderer kommen. Du siehst ja, wie gut es uns geht!“ — Ich mache, daß ich wieder in die Hauptstraße komme.

Die liegt mitten in der Sonne, in dieser herrlichen südaustralischen Sonne, die wie über die Landschaft verteilter Goldstimmer wirkt. Die Auslagen prangen von Trauben und Pflirschen, größer als eine Mannersfaust. Ich muß an die Menschen denken, die diese Früchte pflücken und die 80 bis 100 M. die Woche verdienen und die zum großen Teil ihr eigenes Auto haben.

(Mit besonderer Erlaubnis des Verlages F. A. Brodhous, Leipzig, dem Buche „Der Unvollendete Continent“ von Colin Roß, entnommen.)

Ein Forschungsinstitut über den Wolken

Die höchste und einzige wirklich hochalpine Forschungsstation Europas wird jetzt auf dem Jungfrauoch errichtet. Der Rohbau soll im Laufe des Sommers fertig werden und die Einweihung im Herbst erfolgen. Wie Dr. Ander in der „Umschau“ mitteilt, ist dieses Observatorium, das auf einem steilen Felsen des Jungfrauochs in einer Höhe von 3457 Meter errichtet wird, von außen her kaum zugänglich; man kann es aber, von Wind und Wetter unabhängig, jederzeit bequem durch einen unterirdischen Gang erreichen, der vom Tunnel der Jungfrauabahn abzweigt und das Institut auch mit dem Gipfel der Spzhig verbindet, auf dem der meteorologische Turm in 3577 Meter Höhe steht. Die günstige Lage im Herzen Europas, die das Institut besitz, und die sichere und rasche Verbindung mit der Umwelt werden für die wissenschaftliche Arbeit von ausschlaggebender Bedeutung sein. Die Forscher befinden sich hier zwar inmitten tausendjähriger Gletscher in der Region des ewigen Schnees, können aber in Knapp drei Stunden mit der Jungfrauabahn nach Lauterbrunnen oder Grindelwald gelangen und finden in Interlaken Anschluß an die Schnellzüge. Durch die höchste Eisenbahn Europas, die Jungfrauabahn, wird dieses Forscherhaus über den Wolken sogar mit elektrischer Kraft gespeist. Alle wissenschaftlichen Apparate und Werkzeuge können bequem herausgebracht werden. Diese artliche Hochgebirgsstation soll vor allem astronomischen und meteorologischen Forschungen dienen. Dann aber auch dem Studium der Botanik, Gletscherkunde, Biologie und Sonnenstrahlung. Die meteorologische Zentralfstelle in Zürich erhält bereits dreimal täglich vom Jungfrauoch telephonische Wetternachrichten, die sofort allen Wetterwarten mitgeteilt werden. Die in der Welt einzig dastehende Station wird den Gelehrten aller Länder geöffnet, und

auch Deutschland wird dort häufig vertreten sein, denn die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat sich finanziell an dem Bau beteiligt. Das gleiche haben das amerikanische Rockefeller-Institut und das Pariser Physikalische Institut getan.

Gedanken sind wohlfeil

Dr. Francis G. Benedikt vom Ernährungslaboratorium des Carnegie-Instituts in Washington widerpricht der allgemeinen Anschauung, daß man bei gesteigerter geistiger Anstrengung auch größere Energiemengen verbrauche. Er stützt sich dabei auf die Ergebnisse der Versuche, die er zusammen mit seiner Gattin angestellt hat. Die Untersuchungen erstreckten sich auf genaue Messungen der Veränderungen des Herzschlags, der Atmung, der Ausscheidung von Kohlensäure und besonders des Sauerstoffverbrauches, Veränderungen, die an fünf Männern und einer Frau unter drei verschiedenen Bedingungen untersucht wurden: Zuerst während der körperlichen und geistigen Ruhe und vollkommenster geistiger Entspannung; zweitens während der Reaktion auf ein elektrisches Signal, und drittens während fünfzehn Minuten, in denen die Versuchspersonen mit der Lösung verwickelter Probleme der Kopfrechnung beschäftigt waren. Die Versuche ließen erkennen, daß die Wirkungen der geistigen Anstrengung unmittelbar sind und keine Steigerung zeigen, wenigstens dann nicht, wenn die Anstrengung einheitlich auf einen Gegenstand gerichtet ist. Der Sauerstoffverbrauch an Kalorien betrug nur 4 Prozent, was als eine überraschend niedrige Rate zu bezeichnen ist. In den Ruhepausen, die der geistigen Anstrengung folgten, fielen alle in Betracht kommenden Faktoren unverzüglich auf den früheren Stand zurück und gewannen ihren natürlichen Zustand wieder.

